

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1919**

170 (26.7.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-83899](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-83899)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.



Die Oldenburgische Volkszeitung (Bisherige Zeitung, Dammers Nachrichten), Zentralorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 4.20 Mark, durch die Post frei ins Haus 4.62 Mark; zweimonatlich 2.80 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.08 Mark; einmonatlich 1.40 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.54 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probeabnahme acht Tage gratis u. franko.

Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 30 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 40 Pfennig, für die Restzeile 1.00 Mark. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schießt jedes Refraktationsrecht aus.

Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Kassensturz, Wassermangel, Betriebsstörungen in anderen eigenen Betrieben oder denen anderer Abnehmer haben der Verlag und Drucker keine Verantwortung zu übernehmen.

Nr. 170. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfach-Konto: Hannover 7908. **Dechta, Sonnabend, 26. Juli 1919.** Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: B. Krolmann, Alsterstraße 51. Fernsprecher 1032. 86. Jahrgang.

Deutsche Nationalversammlung.

W. W. Weimar, 24. Juli.

An Regierungsräte Schmidt, Müller, Dr. David, Postel, Erzberger und Schlie.

Präsident Freydenberg eröffnet die Sitzung am 10.25 Uhr.

Das Haus tritt in die Beratung der Interpellation Arnstadt, Heintze und Genossen über die

Planwirtschaft

ein. In Begründung der Interpellation sagt der Abg. Witthoefft (D. B.): Werden die Wünsche der Deutscher des Reichswirtschaftsministeriums verwirklicht, so würde das freie Vollen zum schwersten Nachteil für die Wiederaufrichtung des Handels und der Industrie ausgefallen. Wir verlangen die schleunigste Beseitigung der Außenhandelsbeschränkungen; sie sind eine ungeheure Erschwerung für die tauglichste Tätigkeit und können zur Quelle von Verzerrungen mit anderen Wörtern werden. Der freie Handel ist ein funktionstüchtiger Regulator der Preisverhältnisse; er wird den Preisdruck verhindern und unsere Waare verbessern. Erfolgreich ist die Festlegung der Preisordnung. Die Volkswirtschaft läßt sich nicht nach einem bestimmten Plan auf lange hinaus binden. Was unser Staat braucht, ist eine disziplinierte Truppe zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Arbeit, gerechte Steuern, freie Entfaltung der gesamten Wirtschaft. Zwangsbestimmungen sind auch für Fleisch und Brot notwendig. Aufhebung aller Kriegs- und Zwangsbeschränkungen, Sozialisierung mit Maß, Schutz der Auslandsbezüge (Beisatz rechts).

Reichsminister Schmidt: Trotz der Blockade sind unsere Ausfuhr nicht allzu ungenügend. Unter Boden, unsere Bergwerke und Bergbauarbeiten können wieder leistungsfähig gemacht werden, sobald die Arbeit erneut einsetzt. Das Reichswirtschaftsamt wird versuchen, die Interessengegenstände, die bestehen, auszugleichen. Ein hartes System kann es nicht aufstellen, sondern muß nach den Bedürfnissen der einzelnen Abteilungen verfahren. Eine vollständige Freisetzung des Handels und Verkehrs ist heute unmöglich. Sobald das Gesamtinteresse es zuläßt, sollen die Einschränkungen aufgehoben werden. Die Ausfuhr unbefristet zu gestalten, geht bei gegenwärtigen Preisen und dem Stande der Waare nicht an. Dagegen wollen wir die Ausfuhr von Luxusartikeln und solchen, die wir im Lande entdecken können, oder deren Rohstoffe wir im Lande haben, nach Möglichkeit fördern. Auch die Einfuhr bedarf einer gewissen Kontrolle. Wichtig ist es, unserer Textilindustrie die notwendigen Rohstoffe zuzuführen. Die Rohstoffversorgung eröffnet; überhaupt ein weites Gebiet für den Handel. Der Großhandel wird bei genügender Aufsicht keine Monopolstellung erhalten.

Es folgen die Interpellationen Dr. Heintze und Gen. (D. B.) und Arnstadt (D. B.) betr.

Landarbeiterstreiks.

Zur Begründung erklärt Abg. Dufche (D. B.): Der Landarbeiterstreik ist für den Augenblick beilege, aber er kann jeden Augenblick wieder neu ausbrechen. Verbotsrechtliche Agitationen sind im Lande tätig, um mit ruflichem Gerede die Landarbeiter zu neuen Streiks aufzuwecken. Angesichts der ungenügenden Gefahr hätte die Regierung die Pflicht, endlich einmal die Energie zu zeigen, die wir bisher so sehr an ihr vermisst haben.

Abg. Wehrens (D. B.): Die Not, die uns aus einem Landarbeiterstreik für die Planwirtschaft entstehen müßte, wäre die Not des ganzen Volkes. Wir verlangen deshalb von der Regierung, den Arbeitgebern die Möglichkeit zu geben, den Arbeitern die Naturallohn auszuschütten und Freiheit der Landarbeiter hinsichtlich ihrer eigenen Erzeugung, ferner Förderung des Tarifwesens.

Reichsarbeitsminister Schläde: Jeder von uns hat den Ausdruck des Landarbeiterstreiks aus das höchste bedauert. Aber es darf doch auch nicht verschwiegen werden, daß die landwirtschaftlichen Arbeitgeber in der reichsweiten Ausübung der Konjunktur ihren Arbeitern ein sehr schlechtes Beispiel gegeben haben. Ein Vorbeugungsmaßregel ist außer der bereits erwähnten Landarbeiterordnung folgendes empfohlen. In Aussicht genommen: Ein Erlaß, der den wilden Rindungen der Landarbeiter vorbeugen soll; Ausbau und Befestigung des Tarifwesens; endlich sind Verhandlungen im Gange, inwieweit eine Haftung einzutreten hat für den Vertragsbruch und zwar nicht nur seitens der Arbeitnehmer, sondern auch vor allen Dingen von Seiten der Arbeitgeber. In keinem Falle ist es eine beabsichtigt, das Streikrecht klandestine anzustufen oder einzulindern.

Auf Vorschlag des Präsidenten Freydenberg beschließt das Haus, die Besprechungen der Interpellationen mit der

politischen Aussprache

zu verbinden. Abg. Krähig (Coj.): Das kapitalistisch-autoritarische Regime hat damit geendet, die blühenden Fluren deutschen Wirtschaftslbens in ein riesengroßes Trümmerfeld zu verwandeln. Dem Programm, das uns gestern der Ministerpräsident entwidelt hat, stimmen wir im großen und ganzen zu. Aber wir müssen fragen: Wo bleibt die Staatsgerichtsbarkeit, der endlich die zur Verantwortung ziehen soll, die all dieses Elend verschuldet haben? Wir wollen durch das internationale Proletariat zu einem internationalen Abkommen gelangen. In der sozialistischen Gesellschaft ist kein Platz für Müßiggänger. Die Sozialisierung muß durchgeführt werden, wenn auch nicht in allen Wirtschaftszweigen. Wir verlangen eine großzügige Sozialpolitik, Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und Schutz der lebenswichtigen Betriebe gegen die Gewalt. Wir wünschen den Belagerungszustand zum Teufel, aber die Spartakisten müssen erst einsehen, daß sie sich mit ihrer Politik der Handgranaten blutige Köpfe holen. Die Selbstzerleugung des Volkes muß aufhören. Alle Kreile müssen zusammenstehen, damit unser deutsches Volk nicht untergeht. Gegen 1.45 Uhr verläßt das Haus die Beratungen auf Freitag 10 Uhr. (Außerdem keine Anfragen.)

Erzberger und Heiflerich.

Es war zu erwarten, daß die Auseinandersetzung zwischen Erzberger und Heiflerich nach der Charakterisierung des letzteren als des „leidenschaftlichen oder Finanzminister“ nicht zu Ende sein konnte. Aber nicht zu erwarten war, daß Herr Heiflerich sich bemühen werde, dabei den Vorwurf der Leidenschaftlichkeit auch nachträglich noch zu verbinden. Das aber tut er unserer Auffassung nach, indem er sich den Kampf gegen die Person seines Gegners zu einem Sturmangriff gegen die Steuerpläne der Regierung wenden läßt, zu einer Zeit, da über die unabweisliche Notwendigkeit, dem Reich neue Einnahmen von unerhörter Größe zu schaffen, keine Meinungsverschiedenheiten bestehen kann. In der Deutschen Wg. Ztg. schreibt man darüber:

Herr Heiflerich arbeitet mit der Psychologie des Portemonnaies, indem er in geschickter Stillierung sagt: „Das Geleß über die Vermögensabgabe und dessen Durchführung läßt dem Reich die Finanzen in nicht geringerem Maße als über die privaten Vermögensverhältnisse eines jeden Einzelnen in der Hand, wie sie niemals einer Regierungsgewalt zustand.“ Die Sachlage so hinzustellen, als ob der Reichsfinanzminister durch das Geleß über die Vermögensabgabe eine große Macht über das Privatvermögen des Einzelnen erwerbe, so daß man daraus folgern könnte, daß er das Recht habe, nach freiem Ermessen in das Privatvermögen des Einzelnen eingzugreifen, ist eine plumpe, unverantwortliche Demagogie, wie man sie von einem Mann, der sich Staatsminister nennt, nicht erwarten dürfte. Auch Herr Heiflerich dürfte wissen, daß es die Nationalversammlung ist, die das Reichsnotopfergeleß unter Zustimmung des Staatesauschusses beschließt, und daß auch die ganze Durchführung des Geleßes im einzelnen festgelegt wird. Herr Erzberger erhält durch das Geleß keine Macht in die Hand, das Geleß ist durch sich selbst eine Macht. Aber Herr Heiflerich braucht diese Verschlebung, um seine Vertrauensfrage besser daran aufhängen zu können.

Nun entwickelt Dr. Heiflerich mit dem Brustum pathetischer Ueberzeugung, warum ein großer Teil des deutschen Volkes und auch er zu Herrn Erzberger sein Vertrauen habe. Er bringt zur Disziplinierung der Berlin des Ministers Erzberger Anträge vor, die sich inhaltlich im wesentlichen mit denen decken, mit denen sich Herr Erzberger im Plenum des Reichstages am 27. 2. 1918 in einer längeren Rede auseinandergesetzt hat, in der er seine Verleumdung mit den Worten abfertigte: „Mit solchem Geindel und Paß muß man sich herumschlagen.“ Herr Heiflerich verdammt es aber nicht, diese alten, längst widerlegten Geschichten in die Tendenz seines Artikels einzupunchen. Herr Heiflerich hat an Politikern lediglich zwei Anlegensheime gebracht, durch die er seinen Artikel zweifelsohne besonders schlagkräftig machen wollte. Er behauptet, die Stellungnahme des Herrn Erzberger zu den Fragen der Kriegspolitik und die Kriegswirtschaftspolitik sei eine andere gewesen, als er zum Aufsichtsrat des Thyssenkonzerns gehörte, eine andere, als er im Sommer 1917 aus seiner Stellung im Thyssenkonzern ausgeschieden war. Der Zweck

dieser Behauptung ist der, den Eindruck zu erwecken, daß Erzberger erst nach seinem Ausscheiden aus dem Thyssenkonzern für eine Friedenspolitik im Sinne der Reichstagsresolution eingetreten wäre. Demgegenüber müßte festgestellt werden, daß Herr Erzberger erst am 1. Oktober 1917 aus seiner Aufsichtsratsstellung im Thyssenkonzern ausgetreten ist, und daß dieser Austritt nicht die Ursache der Friedensrevolution war, sondern deren Folge. Erzberger hat damals seiner politischen Ueberzeugung materielle Opfer gebracht. Herr Heiflerich behauptet ferner, Erzberger habe in einem Prozeß zwischen dem Reichsjustiz und einer privaten Gesellschaft „zugunsten der Gesellschaft“ entschieden und hätte sich drei Wochen später in dem Aufsichtsrat der Gesellschaft annehmen lassen. Es ist nicht der Fall, daß Herr Erzberger als Privatmann in einem Prozeß zwischen der Reichsjustiz und einer Gesellschaft fungiert hat. Es ist aber unklar, daß er die Entscheidung zugunsten der Gesellschaft herbeigeführt hat. Vielmehr ist die Gesellschaft mit 68 Prozent ihrer Ansprüche abgemittelt worden. Erzberger hat lediglich den Antrag des Schiedsrichters des Reichs zugesagt, und die hier Erzberger unterstellte Haltung, als ob er die Interessen der Gesellschaft zugunsten des Justus wahrgenommen hätte, ist demgemäß eine Verleumdung des Schiedsrichters des Reichs. Die Gesellschaft ist bei diesen Schiedsrichter mit ihren Ansprüchen unterlegen. Die von Herrn Heiflerich gewollte Herleitung einer Beziehung zwischen der schiedsrichterlichen Tätigkeit Erzbergers und seinem späteren Eintritt in den Aufsichtsrat der Gesellschaft entbehrt jeder Grundlage, ist völlig gegenstandslos, ist in bestimmter Hinsicht konstatiert, Tendenz und Inhalt.

Wenn Herr Heiflerich zum Schluß vom „Reichsland“ davon zugrunde gehen soll, so fordert die Frage, so schließt die Deutsche Allgemeine Zeitung, folgende Antwort heraus: Wenn das deutsche Reich und deutsche Volk nahe an den Abgrund geführt worden sind und jetzt am Rande des Abgrundes stehen, so hat gerade Herr Heiflerich sein gerütteltes Maß Schuld daran. Unter seiner Regide sind die Pläne inaugurieren und gefördert worden, die auf eine Ausbeutung Belgiens zielen. Unter seiner Regide sind die schwerindustrialen Aspirationen auf Belgien organisiert worden. Er war der Exponent jener verhängnisvollen Politik, die eine gradlinige Politik gegenüber Belgien zu hintertreiben wußte, und die das deutsche Reich und das deutsche Volk dadurch in den Zusammenbruch geführt hat, auf dessen Trümmern es jetzt wieder aufzubauen gilt.

Rede des Abg. Burlage

In der Nationalversammlung am 16. Juli zu der von sozialdemokratischer Seite gestellten Forderung, daß die unehelichen Kinder den ehelichen in der Verfassung rechtlich gleich gestellt werden sollten.

Meine Damen und Herren! Einige Ausführungen der Vortrönerin und auch der Frau, Abg. Brömmel geben mir Anlaß zu einer kurzen — sehr kurzen Erörterung. Frau Zieg und ebenso schon Frau Brömmel, sind dafür eingetreten, daß die unehelichen Kinder den ehelichen völlig gleichgestellt seien. Wir sind der Ansicht, daß das eine äußerst enge Ungerechtigkeit in vielen Fällen bedeuten würde (höchst föhrl) bei den Sozialdemokraten gegen die ehelichen Kinder dieses Vaters und gegen die Ehemann einmal die Ehe bricht und nun das uneheliche Kind gleiches Erbrecht (sehr wohl!) bei den Unabhängigen Sozialdemokraten aufkommen mit den ehelichen Kindern dieses Ehemannes beanspruchen soll, und das Erbrecht der Ehefrau dieses Ehemannes beeinträchtigt, dann halte ich das in der Tat für eine Ungerechtigkeit. So geht der Antrag zu weit, der ohne weiteres und ohne Einschränkung die unehelichen Kinder den ehelichen rechtlich gleichstellen will. (Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Wer sich das überlegt, muß es anerkennen: Man verflucht sich gegen die Ehe, wenn man derartige weitgehende Forderungen stellt. (Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Wenn gesagt worden ist, daß die uneheliche Mutter ihr Kind nicht vertreten könne, so ist das doch nur teilweise richtig. Sie kann zur Vormundlerin ernannt werden und wird sehr oft dazu bestellt. Daß man aber ohne weiteres nach dem Antrage der Frau Zieg der unehelichen Mutter wie der ehelichen Mutter die Elterrechte geben soll, geht ebenfalls weit zu weit. Darin muß mir jeder zustimmen, der die sozialen Verhältnisse unseres Volkes kennt. (Rufe bei den Sozialdemokraten und

Unabhängigen Sozialdemokraten: Nein!) — Ja, auf Ihre Zustimmung (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) habe ich nicht gerechnet. (Unruhe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Ich nehme Sie immer aus, wenn ich sage, es müsse jeder mit gutem Willen. (Rufen und Zurufe bei den Unabhängigen Sozialdemokraten und den Sozialdemokraten.)

Noch ein weiteres Wort! Frau Brömmel hat sich veranlaßt gesehen, gegen unseren Antrag zu polemisieren, und hat gesagt, wenn wir behaupteten und beantragten, den unehelichen Kindern seien durch die Gesetzgebung gewisse Bedingungen zu schaffen, dann sollten sie dabei aber auch Nebenbedingungen ein. Sie hat gesagt, fragen zu müssen, ob wir denn der Ansicht wären, die Sünde solle noch gerächt werden im dritten und vierten Gliede. Ich glaube, was die barmherzige Befürwortung gegenüber dem unehelichen Kinde anlangt, so können sich meine Freunde durchaus mit Frau Brömmel auf gleiche Linie stellen. (Sehr richtig!) im Zentrum. Wir sind ebenso barmherzig gegen das Kind wie andere. (Zurufe von den Sozialdemokraten.) Wir erkennen es durchaus an, daß das Kind völlig unschuldig ist. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Na also!) Aber wir wollen nicht, daß die Ehe dadurch untergraben wird, daß man gewisse, die Bedeutung der Ehe herabsetzende Bestimmungen in Bezug auf uneheliche Mutter und auf das eheliche Kind einführt. Das ist der Grund! — (Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten.) — Sie (zu den Unabhängigen Sozialdemokraten) werden das nicht begreifen. Das hält mich aber nicht ab, es nochmals zu betonen.

Frau Brömmel hat gesagt, wir vom Zentrum wären der Ansicht, man solle nicht eheliche Mutter und uneheliche Mutter in einem Atem nennen. Das ist richtig, der Ansicht bin ich auch, und dafür haben wir unsere guten Gründe. Art. 118 hat in seiner jetzigen Fassung einen überaus erfreulichen Inhalt. Wenn da gesagt wird, die Ehe sei die Grundlage des deutschen Familienlebens und der Ursprung der Erhaltung und Vermehrung der Nation, so halten wir diese Worte für goldene, und wir wollen sie nicht dadurch beeinträchtigt sehen, daß man unvermittelt neben die Ehe die uneheliche Mutter stellt. Wir sind der Ansicht, daß durch die Ehe benutzt und absichtlich herabgedrückt werden soll, und dagegen wehren wir uns. (Beifälliger Widerspruch auf der äußersten Linken.) — Wenn Sie das nicht wollen, ist es gut! — Aber wir meinen, mit diesem Satz in der Fassung, wie die Nachbesserung bei dem Artikel 118 gegeben hat, wird gleichsam ein weiches Leinwandstück zwischen geschichtet, und das soll man nicht niederlegen und verhängen; es soll vielmehr ein Beweiser sein in den Wirren unseres Volkes. Wenn man die uneheliche Mutterdarf der ehelichen Mutter gleichstellt, dann reißt man dieses Leinwandstück vom Boden heraus und wirft es weg, und das wollen wir nicht mitmachen. Das ist es eben, worin sich unsere Meinungen scheidend.

Die Ehe ist nicht zu entstellen, wie Frau Zieg es hier darlegen wollte. Ich kann indessen kurz darauf nicht näher eingehen. Die Ehe ist die Säule, auf der die menschliche Gesellschaft ruht, auf der jedes Staatswesen ruht, und auf der unser Reich ruht. (Sehr richtig!) im Zentrum und deswegen wollen wir diese Säule vor aller Gefahr schützen. Wir wollen nicht, daß sie untergraben und ausgehöhlt wird. Das ist es gerade, worum es sich hier handelt; es ist nicht überflüssig, dies auch weiter gemeint, sie ist nicht für die doppelte Moral. Ich kann namens aller meiner Freunde erklären, daß wir auch nicht dafür sind. Wir verurteilen es ebenso bei dem Manne wie bei der Frau, wenn die uneheliche Verbindung stattgefunden hat, wir machen keine Unterschiede, wir verurteilen es in gleicher Weise und haben es stets getan. Daraus haben wir auch nie ein Hehl gemacht. Wenn Frau Zieg hinwies auf die Erziehung im Evangelium, wo Christus mit Bezug auf die Ehebrüchlerin sagte: „Wer unschuldig ist, der werfe den ersten Stein auf sie.“, so will ich in Ergänzung dieser Ausführungen noch hinzufügen, daß Christus, als die Ehebrüchlerin seine Gefährten hatte, deren Sünden er in den Sand schrieb, zugleich zu der Ehebrüchlerin gesagt hat: „Haben sie dich verurteilt?“ Und als sie antwortete: „Nein“, da sagte Christus hinzu: „So will auch ich dich nicht verurteilen.“ Das sind also Worte, die wir beiläufig haben, und denen wir selbstverständlich bis zum letzten Worte zustimmen. (Wiederholte Zurufe von den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Aber nun haben Sie vergessen, was Christus zuletzt gesprochen hat, daß er nämlich zu der Ehebrüchlerin sagte: „Gehe hin und sündige nicht mehr.“ Das lassen Sie weg, (Unruhe und Lachen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten), aber darauf kommt es an! Wir werden die Ausbreitung

die Geschlechtsverbindung immer für unauflöslich und unvererblich erklären, und wir wollen uns gegen die moderne Richtung wenden, welche diese Geschlechtsverbindung als erloschen hinstellt und in allem, was damit zusammenhängt, der Ehe gleichstellen will.

Wir behandeln die uneheliche Mutter durchaus nicht verächtlich. Wir haben die Küster von guten Hirten, die sich dieser Mutter in gerter Lebensfähigkeit annähern, wie sie nur von den edelsten der Frauen erlitten werden kann.

Selbständigkeit der Kleinstaaten.

Der Staatsrat für Anhalt hat dem Staatesanwaltschaft in Weimar eine Denkschrift über die künftige Stellung des Freistaates Anhalt im neuen Deutschen Reich übermitteln lassen, die mit großer Entschiedenheit für die Erhaltung der staatlichen Selbständigkeit Anhalts eintritt.

Die Denkschrift meidet sich dann vor allem gegen Artikel 19 des Verfassungsentwurfes, der bestimmt, daß Länder, die weniger als 1 Million Einwohner haben, nur stümmelberechtigt sein sollen.

Die Denkschrift meidet sich dann vor allem gegen Artikel 19 des Verfassungsentwurfes, der bestimmt, daß Länder, die weniger als 1 Million Einwohner haben, nur stümmelberechtigt sein sollen.

Eine Erzberger-Rede.

Ein englisch. Friedensangebot Sommer 1917? Aus Weimar berichtet das Berliner Tageblatt vom 24. Juli: In der heutigen Sitzung des Reichstages wurden eingehend die Angriffe Helfferichs und des Grafen Wedel gegen Erzberger besprochen.

über Belgien gewesen ist, da diese erst im August 1917 an Deutschland gerichtet und dann von der Reichsregierung abgewandt beantwortet wurde. Die Dokumente aus der Kriegszeit, die Erzberger vorbringen will, sollen sich auf folgende Vorgänge aus dem Jahre 1917 beziehen: Nach der Wagnahme der Friedensentscheidung im Reichstage richtete die englische Regierung über den Vorkauf eine erste Vorfrage über Belgien an Deutschland zur Abhandlung von Friedensverhandlungen.

Der angeblich deutsch-japanische Geheimvertrag.

Die Nachricht von einem zwischen Japan und Deutschland bestehenden Geheimvertrag ist sowohl von deutscher als auch japanischer Seite als unbegründet bezeichnet. Jetzt wird aus Kopenhagen sogar der Vorwurf des Vertrages gemeldet. Die Weigerung läßt sich folgendes betreffen:

- 1. Die beiden hohen kontrahierenden Parteien verpflichten sich, soweit es die weispolitische Lage zuläßt, dem dritten Partner, Rußland, zu helfen, um unter ihrer Leitung eine Ordnung seiner innerpolitischen Verhältnisse und seiner Stellung als Weltmacht zu erreichen.
2. Die eine der beiden kontrahierenden Parteien, Japan, verpflichtet sich, der anderen hohen kontrahierenden Partei, Deutschland, die Vorrechte einzuräumen, die der Vertrag mit dem dritten Partner, Rußland, darbietet, insofern sie Zentralasien betreffen.
3. Die eine der hohen kontrahierenden Mächte, Japan, verpflichtet sich, dem zweiten kontrahierenden Partner, Deutschland, alle Vorrechte als meistbegünstigte Nation genießen zu lassen, die die Verträge dieser in Südchina einräumen, um gewisse Privilegien zu genießen, die dieser Vertrag darbietet, die aber trotzdem in einem besonderen Verträge festgesetzt werden sollen.
4. Die eine der hohen kontrahierenden Mächte, Japan, verpflichtet sich, dem zweiten kontrahierenden Partner, Deutschland, alle Vorrechte als meistbegünstigte Nation genießen zu lassen, die die Verträge dieser in Südchina einräumen, um gewisse Privilegien zu genießen, die dieser Vertrag darbietet, die aber trotzdem in einem besonderen Verträge festgesetzt werden sollen.

Der Bericht der interalliierten Kommission über die Vorgänge in Fiume ist zu ungunsten Italiens ausgefallen. Die ungarische rote Armee hat den Vormarsch gegen die Rumänen auf breiter Front aufgenommen. Die Meldung eines amerikanischen Blattes, wonach Foch als Druckmittel zur Durchsetzung der ungeheuerlichen Forderung einer Ruhe für den Fall Namdebim die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen angeordnet habe, ist nicht bestätigt.

Die italienische Kammer wird im September zur Ratifizierung des Friedens mit Deutschland schreiben. Das türkische Kabinett hat dem Sultan sein Abtrittsgeheiß eingereicht. Die Zuanänderung deutscher Kapitalkassen nach dem nordchinesischen Abtragnungsgebiet nimmt täglich zu.

Die italienische Kammer wird im September zur Ratifizierung des Friedens mit Deutschland schreiben. Das türkische Kabinett hat dem Sultan sein Abtrittsgeheiß eingereicht. Die Zuanänderung deutscher Kapitalkassen nach dem nordchinesischen Abtragnungsgebiet nimmt täglich zu.

maligen bolschewistischen Volkstäter in Berlin, Joffe, nach Rußland gegeben. Dort wurde der Vertrag bei der Eroberung von Perm durch die Antibolschewisten gefunden.

Soweit die Mitteilung dänischer Blätter. Da Joffe danach die eigentliche Quelle ist, muß das große Fragezeichen hinter den Mitteilungen vorläufig aufrecht erhalten bleiben.

Oesterreich-Ungarn. Oesterreich soll Waffen an die Tschecho-Slowaken liefern.

Paris, 24. Juli. (Draht.) Reuter. Der österreichischen Delegation wurde in einer Note mitgeteilt, daß der Ausschuß für Wiedergutmachung Oesterreich mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen versehen werde, vorausgesetzt, daß die österreichische Regierung Waffen und Munition, die von den Tschecho-Slowaken benötigt werden, im Austausch gegen Kopfsendung des letzteren Landes liefern.

England. Erste innerpolitische Lage.

London, 24. Juli. (Draht.) Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage sagte Konar Law, die Regierung tue ihr bestes um die industrielle Lage günstig zu gestalten. Die Regierung sei sich bewußt, daß eine geringe Anzahl Menschen die Zerstörung des ganzen sozialen und politischen Systems in England betreibe.

Verchiedene Nachrichten. Eine Ententeanforderung an die polnische Regierung.

London, 24. Juli. (Draht.) Reuter. Unterhaus. Harnsworth teilte mit, daß der Oberste Kriegsrat in Paris die polnische Regierung aufgefordert habe, die nötigen Anweisungen an die polnischen Truppen zu geben, damit diese sich so schnell wie möglich südblich der Demarkationslinie zwischen Polen und Litauen zurückziehen.

Benizelos droht mit einem neuen Balkankrieg.

Berlin, 24. Juli. (Draht.) Die D. A. Z. meldet, erklärte Benizelos, wenn die Amerikaner sich in der bulgarischen Frage nicht den griechischen Wünschen fügen, sei ein neuer Balkankrieg unvermeidlich. An amerikanischen Stellen ist man unangenehm davon überreicht, daß Benizelos, der sich immer als ehrlicher Beurwarter des Vorkriegszustandes aufspielte, nunmehr den Glauben an ihn verloren habe.

Kleine Nachrichten.

Zum Reichskommissar für das besetzte Gebiet ist der Unterstaatssekretär Dr. Lewald ernannt. Der Bericht der interalliierten Kommission über die Vorgänge in Fiume ist zu ungunsten Italiens ausgefallen. Die ungarische rote Armee hat den Vormarsch gegen die Rumänen auf breiter Front aufgenommen.

Die italienische Kammer wird im September zur Ratifizierung des Friedens mit Deutschland schreiben. Das türkische Kabinett hat dem Sultan sein Abtrittsgeheiß eingereicht. Die Zuanänderung deutscher Kapitalkassen nach dem nordchinesischen Abtragnungsgebiet nimmt täglich zu.

Die italienische Kammer wird im September zur Ratifizierung des Friedens mit Deutschland schreiben. Das türkische Kabinett hat dem Sultan sein Abtrittsgeheiß eingereicht. Die Zuanänderung deutscher Kapitalkassen nach dem nordchinesischen Abtragnungsgebiet nimmt täglich zu.

meißter von Wikingen, der wegen angeblicher planmäßiger Verstärkungen in Belgien und Nordfrankreich vor ein feindliches Kriegsgericht gestellt werden sollte, das Leben genommen. Diese Tat sieht die Weferzeitung als ein Dokument deutscher Ehre an. Sie schreibt:

Das selbstgemählte Schicksal des Bürgermeisters von Wikingen, der sich lieber das Leben nahm, als vor dem feindlichen Kriegsgericht im Trossel zu erscheinen, ist letzte Woche spartanischer Art, die sich über die Novembertage des Vorkrieges in die Gegenwart getreift hat. Erschütternd stehen wir vor diesem Ereignis, doch darf das glückliche Bewußtsein leben, daß es noch andere Begriffe von Ehre gibt, als am 22. Juni im Theater zu Weimar dokumentiert wurden.

Diese Ausführungen der Weferzeitung sind ein neuer Beweis für den Geist, der in ihren Spalten herrscht. Nach dem Ehrenkodex der Weferzeitung besteht bekanntlich die Abgeordneten der Regierunsparteien, besonders der TTT Erzberger, der in keiner Nummer der Weferzeitung als abschreckendes Beispiel fehlen darf, überhaupt keine Ehre mehr, wohl aber diejenigen, die durch Selbstmord sich der Verantwortung entziehen. Wir haben fast ausschließlich das glückliche Bewußtsein, daß es noch andere Begriffe von Ehre gibt, als solche durch Selbstmord dokumentierte.

Eine un-demokratische Bestimmung.

In der Nationalversammlung ist der Artikel 164 der Schlussbestimmungen, wonach ein Wahlrecht der Jahre 1918 registriert, in den nächsten 15 Jahren nicht zum Präsidenten gewählt werden kann, durch einen Antrag der Unabhängigen dahin geändert worden, daß die landesherzoglichen Familien dauernd von der Präsidentenwahl ausgeschlossen werden. Der Antrag wurde mit einer geringen Majorität angenommen. Namens des Zentrums hatte der Abgeordnete Gröber diesen Antrag abgelehnt mit dem Hinweis, daß es sich um eine ganz und gar un-demokratische Bestimmung handelte. Sie ist, wie der Abg. Kohl richtig hervorhob, ein Produkt des Hasses oder der Angst. Wenn in Zukunft wirklich eine monarchische Strömung im Lande aufsteigen sollte, so wird sie sich durch Paragraphen nicht meistern lassen. Deshalb darf man hoffen, daß diese Bestimmung in 3. Lesung wieder verschwinden wird.

Was wird uns das Ausland in nächster Zeit liefern?

Das Reichsernährungsministerium hat im Auslande eine Reihe neuer Kaufschlüsse gemacht, um der Ernährungssituation möglichst bald zu steuern. Der Ankauf größerer Mengen sticht noch immer auf Schwierigkeiten, da das Ausland ohne Deckung keine Abschlässe macht und deshalb Gold und Wertpapiere fordert. In Aussicht steht die Lieferung folgender bezahlter Mengen: 140 000 Tonnen Mehl, 160 000 To. Weizen, 1000 To. Gerstentrocken, 1250 000 To. Roggen zum Ausmahlen, 3000 To. Hafer, 32 100 To. Bohnen und Erbsen, 4500 To. Haferschnitt, 41 300 To. Reis, 50 000 To. Fleisch und Speck, 20 000 To. Fett, 500 000 Stücken Kondensmilch, 65 000 To. Palmkerne, 3000 To. Leinöl zur Margarinefabrikation, 25 000 To. Seife. Gerner sind aus dem Auslande für 135 Millionen Mark weitere Lebensmittel angeboten worden. Die Verhandlungen über die Finanzierung des Angebots schweben noch.

Abschmelzung des Papiergeldes?

Seit längerer Zeit sind an zuständiger Stelle Erwägungen im Gange, um Mittel und Wege zu finden, die demnächstigen Kapitalien, die nach dem Auslande abgewandert sind, und diejenigen Zahlungsmittel und Wertpapiere, die im Inlande verstreut gehalten werden, steuerlich zu erfassen. Bei diesen Erwägungen ist auch an eine Abschmelzung des Zahlungsmittels und Wertpapiere gedacht worden. Da diese Abschmelzung jedoch zum Scheitern erproben wird, ist im Augenblick noch nicht entschieden. Es wird erwartet, befindet sich Reichsbankpräsident Harnstein gegenwärtig in Weimar, um an den Beratungen über die wichtigsten finanziellen und wirtschaftlichen Fragen teilzunehmen.

Wiederentritt der Demokraten in die Regierung?

Berlin, 24. Juli. Innerhalb der demokratischen Parteien sind die Bestrebungen im Gange, die darauf hinführen, eine Vereinigung der demokratischen Partei mit den Regierunsparteien zur Bildung eines neuen Regierungsbündnisses herbeizuführen. Man nennt - wie dem Abend - aus Weimar gemeldet wird - auf der Seite der rechtsstehenden Parteien eine schwere politische Krise für das ganze Reich heraufbeschwören würde und daß die Fraktion diese Verantwortung nicht auf sich nehmen kann.

Aufhebung der Lederzwangswirtschaft.

Weimar, 23. Juli. Der Wirtschaftsanwaltschaft der Nationalversammlung beschloß in der heutigen Sitzung gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Partei, die Zwangswirtschaft des Leders aufzuheben. Die Regierung wird ersucht, sofort eine Verordnung zur Durchführung der Aufhebung der Zwangswirtschaft dem Wirtschaftsanwaltschaft vorzulegen. Der Wirtschaftsanwaltschaft sprach sich für die Aufhebung aus. Von dem sich durch die Aufhebung ergebenden Konjunkturgewinn soll die Lederwirtschaft 60 Prozent zur Verbilligung des Schuhzeugs für Minderbemittelte abführen, der Rest von 40 Prozent wird der Industrie zur Deckung der hohen Einfuhrkosten angesetzt. Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Lederzwangswirtschaft wird abgelehnt.

Die Autonomie der Rheinlande.

WTB. Düsseldorf, 24. Juli. Nachdem gestern die allgemeine Aussprache über die rheinisch-westfälische Frage unter dem Vorbehalt des Ministerpräsidenten Hirth zu Ende geführt wurde, soll

Deutsches Reich.

Der Selbstmord als Ausdruck des Deutschhums. Wie bereits mitgeteilt, hat sich der in Saarbrücken gefangen und nach dem Weg zur Festung zurückzubringen. Der erste Dampfer hat England am 21. Juli verlassen. Die polnische Regierung hat jetzt die Freilassung der noch in Polen internierten Deutschen angeordnet.

Aber den dem Landtage unterbreiteten Autonomiegeheimnissen und die wirtschaftlichen Fragen besprochen werden. Die Vertreter der Regierung beabsichtigen, heute abend nach Berlin zurückzukehren.

Finanzfragen.

W. Weimar, 24. Juli. Im Zwölfserverschuß der Nationalversammlung haben sich Sozialdemokraten und Zentrum auf einen Antrag geeinigt, wonach die Festsetzung und der Vertrieb von Streichhölzern bis zum 31. März 1920 in ein Staatsmonopol übergehen soll. Damit ist eine Mehrheit für die Monopolisierung der Streichhölzer gefunden.

Berlin, 23. Juli. Dem Vernehmen der R. Z. nach wird in den Kreisen der Reichsfinanzverwaltung jetzt auch der Gedanke der Aufnahme einer Prämie von 200 Milliarden Mark in Frage kommen. Ueber die Höhe der Verzinsung bestehen Meinungsverschiedenheiten. Man spricht von einer Verzinsung von 2 o. S. Die Prämie, die von der Zwangsanleihe bei der Senkung zu übernehmen sind, sollen je nach der Vermögenslage abgestuft werden. Räte der Prämie zur Verwirklichung, so würde die große Vermögensabgabe zunächst sehr hoch sein werden. Ihre Erhebung würde dann später stattfinden, und sie könnte durch Hingabe von Zwangsanleihe durch die Steuerpflichtigen entrichtet werden. Ob man diese Pläne weiter verfolgen wird, heißt vorläufig noch dahin.

W. B. Berlin, 24. Juli. Wie die „Vollst.“ aus zuverlässiger Quelle aus Stuttgart erfährt, wurde zwischen dem Reichsfinanzminister und den süddeutschen Finanzministern in der Frage der Aufhebung der Reichssteuererlasse eine Einigung erzielt.

Weimar, 24. Juli. Wie hier in parlamentarischen Kreisen verstanden, wird bei der morgigen Erörterung der Regierungserklärungen auch Reichsfinanzminister Erzberger in die Debatte eingreifen und Stellung nehmen zu den verschiedenen Kriegseinstellungen und namentlich zu den Angriffen auf seine Person, vornehmlich durch Helfferich.

TU. Weimar, 24. Juli. Die Umschaffung der beschlagnahmten des Staatsanwalters. Wider Erwarten erhob die preussische Finanzverwaltung gegen das Gesetz Einspruch. Es kam dabei zu sehr lebhaften Debatten. Die Reichsregierung machte aus der Annahme der Umschaffung eine Kabinettsfrage und erklärte, falls der Staatsanwaltsbeschluß die Annahme des Gesetzes verweigere, werde das Kabinettsamt gegenwärtig ohne Zustimmung des Staatsanwaltsbeschlusses der Nationalversammlung zugehen lassen. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

Das Revirement im Auswärtigen Amt.

W. B. Berlin, 25. Juli. (Draht.) Wie die „D. A. Z.“ erfährt, steht über das vielbesprochene diplomatische Revirement noch nichts fest. Erst in einigen Wochen sollen zwischen dem Außenminister und dem gesamten Kabinettsamt Verhandlungen über eine Einigung über den Auslandsdienst im einzelnen stattfinden.

Der Streit für den ganzen Siemenskonzern beschließen.

W. B. Berlin, 25. Juli. (Draht.) Wie der „Vorwärts“ berichtet, ist bereits gestern nachmittags durch geheime Abstimmung der Streit für den gesamten Siemenskonzern beschließen worden. Damit ist der Gesellschafterkongress in unmittelbare Nähe gerückt.

Die Verhandlungen mit der Entente über Kohlenlieferungen.

W. B. Berlin, 24. Juli. (Draht.) Heute hat eine weitere Sitzung zwischen den Delegierten der alliierten Regierungen und den deutschen Delegierten über die Frage der Kohlenbeschaffung an die Entente stattgefunden. Die deutschen Delegierten übermittelten eine schriftliche Ansuchen. Die Vertreter der alliierten Regierungen erklärten, daß sie Mitte nächster Woche auf dieses Schriftstück antworten werden.

Aufnahme in den Völkerbund sobald wie möglich.

W. B. Amsterdam, 24. Juli. Barnes teilte in seiner während der Debatte über den Vertrag im Unterhause gehaltenen Rede mit, daß man bereit sei, Deutschland so bald wie möglich in den Völkerbund aufzunehmen, und daß der Viererakt zugestanden habe, daß zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund auch deutsche Vertreter zugelassen werden.

Ein Gesetzentwurf bestr. Unruhebeschäden.

W. B. Weimar, 25. Juli. (Draht.) Der Nationalversammlung ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Entschädigung der durch innere Unruhen verursachten Schäden zum Gegenstand hat. Nach dem Gesetzentwurf ist ein Erlassanspruch nur gegeben, wenn durch den Schaden das wirtschaftliche Bestehen des Betroffenen gefährdet worden ist.

Oldenburg.

Gewerkschaftsbund und Landbund. Wir erhalten folgende Zuschrift, die wir veröffentlichen, unbedingtes unser eigenes Standpunkt in diefer Frage:

„Den goldenen Worten eines Herrn J. W., der überhaupt das Ideal des O.-L. Landbundes in seiner ursprünglichen Form aufweisen soll, in der herzoglichen Stimmern erfüllt hat, kann man nur wenig hinzusetzen. Der Südbandener Landbund sollte und sollte das Gesamtinteresse

überall über die Eigeninteressen. Man wolle aber doch nicht übersehen, daß wir unter Umständen nicht überleben, welche ganz unumgänglich anhalten können, und daß der wirtschaftliche Zustand der nächsten und weiteren Zukunft erst über das Können und Müssen des Juge und Jage kleinen Landmannes in unserer engeren Heimat entschieden wird. Es handelt sich um die Grundlegung der Hauptidee für die Lebensbedingungen der einzelnen Familien. Und zwar handelt es sich nicht allein um die Frage, wieviel müssen und können die Lohnarbeitenden Landwirte verdienen, und wie man kann die Arbeitszeit derselben verkürzen, sondern es handelt sich auch um die Frage: Wieviel ist das, was die Gewerkschaftler erstreben, im Verleiche des daranehenden Könnens des Arbeitgebers, und welche Folgenungen wird das Vorgehen der Gewerkschaftler für die Lohnarbeiter, für die Arbeitgeber und für die Produktionskraft der Landwirtschaft der Heimat überhaupt nach sich ziehen? Siehen wir nicht durchaus vor demselben Problem im kleinen: entweder Entscheidung der Differenzen durch die Macht, also das Schwert, oder durch gütliche Verständigung vor dem Streit, vor dem Kaiser Wilhelm II. gefanden hat? Wollen die Steuerleute und diejenigen Kriegsteilnehmer, welche die Schrecken der Schwertentscheidung miterlebte, nicht wenigstens den allererstlichen Versuch machen, ob nicht eine Verständigung durch die drei gewählten Organe des Südbandener Landbundes, aus christliche Mittelmitte möglich ist? Das Gegenüber hier unvereinbarlich handelt. Reicht ist der Prozess besprochen, aber schwer alsdann die Verständigung. Und der Ausgang? Wie ist der Krieg ausgegangen, wie laufen die Prozesse aus? Meistens ein einseitiger Vergleich und ein Sieg eines Dritten. Sind gewaltsame Schiedungen auf dem Wege, den die Parteien betreten haben mit unantastlichen Pächtern, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie für die Dritten und für die große Allgemeinheit von Vorteil?

Ich rufe die Jengen aus wahren Feien, die in Aufrichtige gekornen Heideschäden in die Erinnerung. Ich verweise darauf, daß Krieg und Elend, welches auch jeht sowohl in großen, als in kleinen Häusern — vielleicht in den größeren noch in höherem Maße als in diesen kleineren — vorhanden sind, der Mensch Anteil bleiben wird, und bitte alle Wohliminenden, das Noth des Südbandener Landbundes nicht außer acht zu lassen. Alle diese Wohliminenden wollen sich im Südbandener Landbund fest einandererschließen und mit vereinten Kräften auf der verständigen mittleren Basis das Fundament für die heranwachsende schwere Zeit legen, zum Gegen alle. Denn eine ruinirte Landwirtschaft läßt sich nur in Jahrzehnten wieder aufbauen, und wohin sollen denn inzwischen die Kinder des Landes ziehen? Alle Urteilsfähige aber Frage ist: War der Südbandener Landbund nicht, und zwar was er nicht ist, wie er geplant war, eine dringende Nothwendigkeit? Und ist diese Nothwendigkeit, soweit nicht die Noth zum Handeln zwingt, erst einmal die Entschuldigung der nächsten Jahre, ob vielleicht oder höchst wahrlich läßt sich dann manches besser übersehen.

Aus dem Oldenburg. Münsterlande

Westh, 26. Juli.

— In Ehren unserer heimkehrenden Kriegesgefangenen wurde heute am Eingang der Bahnhofstraße eine Ehrenparade errichtet.

— Beim Hilsensfest für den Nothdienstlichen die hiesigen Gremienstellen. Selbstgeschriebene Gesänge sind bis am 10. August unter Beilegung eines Bedarfscheines, eines Gefandheitslole eines Führungszugnisses und des Militärkommandiers des Zivilobergerichtschreibes beim Sekretariat des Gesamtministeriums einzureichen.

— **Rückgang des Schlacht- und Milchviehs.** Die Ergebnisse der letzten Viehzählung für Preußen vom 1. März legen jetzt vollständig vor. Danach hat der Rindviehbestand binnen Jahresfrist sich um 1 052 192 Stück verringert, er beträgt jeht 9 175 571 Stück. Innere Milchvieh sind um 226 227 Stück gesunken, Gesamtbestand 4 875 758 Stück. Die Schweinezucht hat sich gegen das Vorjahr etwas vermehrt, wir haben jetzt 4 676 643 Stück gezüht (1912 16,5 Millionen). Die Schafzucht hat zugenommen, (Bestand 4 280 090 Stück).

— **Die Befreiung mit Zucker.** Ueber schlechte Zuckerbefreiung werden berechtigte Klagen laut. In diesem Jahre haben wir einen Verlust von 2 Millionen Doppelzentner. Die vorhandenen 11 Millionen Doppelzentner sind wie folgt verteilt worden: 8 169 000 an die Kommunen als Verbrauchssteuer, 1 325 000 an die Wärmeladenindustrie, 956 000 für die Herstellung von Kunstholzlager, 426 000 an die Süßigkeitsgewerbe. Der Einmager Zucker sind aufnehmend in den Schleißhölde gekommen. Der ihn zu hohen Preisen besonders in der Süßigkeitsindustrie absetzt. Die Regierungen stellen sich annehmend auch hier untüchtig oder maglos.

— **Ve. Datum, 24. Juli.** Am Montag, dem 28. Juli, findet in Weidha um 3 Uhr eine wichtige Versammlung des Amtesbandes statt, worauf auch an dieser Stelle insbesondere auf die Herunterleistung und Bauern des Amtsbandeschusses im allgemeinen Interesse aufmerksam gemacht werden. Ein Herr aus dem Vorstande hat das Referat übernommen. Der Zug aus dem Norden kommt um 1,54 Uhr in Weidha an und fährt 5,23 Uhr wieder ab; derjenige aus dem Süden — die Danner Herren werden am 2.22 Uhr an unsern Haus gemacht — kommt um 2,32 Uhr an und fährt um 6 Uhr bis Lohne. Die Verhandlungen können wegen der kurzen Zeit schon um 2,40 Uhr beginnen. Rege Teilnahme muß trotz der dringenden Zeit erwartet werden.

Lothar, 24. Juli. Von Interesse dürfte die letzte Stadtratssitzung sein. Gefordert und bewilligt wurden eine Erhöhung der Umlagen zur Bedienung von rund 15 000 A an Ansoverbandsbeiträgen und 7000 A an Beiträgen, so daß allein diese beiden Posten in diesem Jahre rund 34 000 und 38 000 A erfordern. Weiter wurde der Beschluß gefaßt, eine städtische Sparkasse zu errichten und der Magistrat beauftragt, halb ein Statut vorzulegen. Für den weiteren Ausbau der städtischen Zehnzentrale wurden 120 000 A bewilligt und soll in einer demnächst stattfindenden Verammlung der Plan zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden. Als Mitglieder des Amtsrats wurde Bürgermeister Schürmann und Stadter, C. Trantamp, und als Ersatzmänner die Ratsherren Engelmann und Dammann gewählt. In den Gemeindevorstand wurden Herr Carl Nemann und Fabrikant J. Meyer. Für den Posten als Gemeindevorstandsführer lagen 5 Bewerbungen vor. Es wurde Herr Franz Fischer gewählt. Endlich wurde das Gehalt des Nachwärtlers einschließliche Prämienzulage um 400 A erhöht.

Wilbeshanen, 24. Juli. Der Reichklub „Reichstrass“ beschloß, in diesem Jahre noch ein Herbstfest zu veranstalten; als Renntag wurde der 14. September vorgehen. Es finden 8 Rennen statt: 1. Zweispannfahren mit viertrügigen Wagen für Pferde aller Länder, 2. Trabfahren für Pferde aller Länder, 3. Flachrennen für viertrügigen Wagen, 4. Trabfahren für Oldenburger Pferde, 5. Wildeshauser Jagdrennen für Pferde aller Länder, 6. Trabreiten für Pferde aller Länder, 7. Trabreiten für Oldenburger Pferde, 8. Wildschind-Flachrennen für Oldenburger Pferde. Alles Nähere wird noch durch Infanter bekannt gegeben.

Jeverland und Jadestädte.

Wilbeshanen, 24. Juli. Dem Vernehmen nach wird die Reichswehr Wilhelmshaven alleinige Marinewerft werden.

Hochverratsprozess in Wilhelmshaven

Wilbeshanen, 23. Juli. Zeuge J. K. berichtete über die Befragung der Bankräuber „verjudichte Salunken, die ausgeraubt Bank und der Post am 27. Januar. Der Arbeiterbataillon wurden Wapern zur Verstärkung überwiehen. Er schilderte auch noch die Zurückschaffung des Geldes, und wie die Gesehlotaten die Wert nicht mäßigen“, genannt hätten. Der Zeuge wurde nicht verurteilt.

Der Adjutant des Freiwilligenkorps „Wiesfeldweber“ Plügfelder, aus der Haft vorgeführt, behauptete, daß er ausdrücklich befohlen habe, keine Waffen ohne seine Genehmigung aus dem Waffenpark herauszugeben. Er übergab dem Präsidenten einen einen Zeitel und sagte dabei, daß es sich noch einmal herausstellen würde, daß es sich um ganz etwas anderes als um einen Sperrschlüssel gehandelt habe. Der Präsident durfte sich aber dahin, daß auch durch den Inhalt des Zeitels der Putsch noch nicht erklärt würde.

Der Zeuge G. M. g. aus Wanne i. W. gehörte dem Beobachtungsamt an und gab keine Waffen heraus, weil das Beobachtungsamt hinter dem Meer (Klart). Von der nordwestdeutschen Räterepublik Oldenburg-Offriesland im Anschluß an Braunschweig hat er erst am 27. Januar gehört, Jörn habe gesagt, es handle sich um eine rein sozialistische Republik und alle Parteien ständen geschlossen dahinter.

Zeuge H. J. v. d. Kapitanentnam und Adjutant der Lazarettabteilung, berichtete, daß die Offiziere vor Wiederherstellung der Ordnung den Dienst nicht wieder aufnehmen sollten. Der Obermartrale Schwabe vom Soldatenrat wollte den Zeugen anhalten, den Dienst zu verrichten. Als Zeuge sich auf der Straße befand, bekam er einen Brief mit der Aufforderung, sich im Zimmer 31 der Matrosenklubstation einzufinden, wo sich das revolutionäre Komitee befand. Auf Anordnung der Unteroffiziere der Berufssoldaten ist Schwabe verhaftet worden. Angefangen von 20. befand, daß er verhaftet habe, den Zeugen nach Zimmer 31 zu laden, weil er die Leute in den Räumen zum Streit aufgefordert habe. Zeuge H. J. v. d. Schriftsteller „Republik“, berichtete über ein Gespräch mit dem Präsidenten Kuhn, welcher Kenntnis von dem Putsch gehabt haben müsse. Die Kommunisten wollten diesen Putsch machen, Kuhn beabsichtigte abzudanken. Dieser hat also keine Kenntnis von dem Putsch gehabt als der Ehrlichkeitschef Dorn.

J. Sch. n. d. r., Vorstehender des Presseamts, Kuhn's Stellvertreter, berichtete über die Gründung der Republik Oldenburg-Offriesland, zu welcher der Stationschef von Krotzlag Helgoland noch hinzugezogen wissen wollte. Offriesland habe man noch hinzugenommen, weil die Marine dort garnisonierte. Der Präsident Kuhn habe offizielle Beauftragte des Staatsrats und des Reichsrats bestimmt. Diese Lösung der Oberpräsident von Hannover und die preussische Regierung hätten auch die Regierung Kuhn's anerkannt. Die Verfassung Kuhn's sei erfolgt, indem man ihn noch der Regierung losste, damit er die Berufssoldaten beruhigen könne. Man habe Hug als Präsidenten und Meyer als Gouverneur in Aussicht genommen (Meyer, der jetzige Staatsminister in Oldenburg). Er, der Zeuge, habe nach dem Ausfall der Wahlen es abgelehnt, weiter zu kandidieren.

Soziales.

Lotenstile im Mittelstand.

Unter dieser Ueberschrift ging vor einiger Zeit ein Artikel durch einen Teil der Presse, der dem Mittelstand den Vorwurf macht, daß er sich nicht genug rühre. Der Schreiber des Artikels scheint mit dem Mittelstande wenig Fühlung zu haben,

Wenn andernfalls würde es ihm nicht entgangen sein, daß im Mittelstand, besonders im Handwerk heute die rechte Anteilnahme am öffentlichen politischen und wirtschaftlichen Leben vorhanden ist. Oder aber ist etwa der Verfasser des Artikels, dessen Wohlort wir im Osten vernehmen, mit der politischen Richtung der Bewegung nicht einverstanden, und beabsichtigt er ihr eine neue Orientierung zu geben? Das Handwerk leidet alle dahngehenden Bestrebungen ab. Das Handwerk ist eifrig dem Beschäftigten, seine Organisation, die Innungen und Genossenschaften, die Berufsvereinigungen und Handwerkerbünde anzubauen und auf dem Wege der Selbsthilfe durch die Handwerkkammern und deren Wirtschaftstellen am Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens lebendigen Anteil zu nehmen. Auch auf politischem Gebiet regt sich das Handwerk, moan die vielen und großen Verammungen, die sich vornehmlich mit der Sozialversicherungsfrage beschäftigen, Zeugnis ablegen. Insbesondere kann man den katholischen Handwerkern die Anerkennung nicht verargen, daß sie die schwierige Lage des Handwerks erkannt haben und eifrig bemüht sind, an der Hebung und Förderung ihres Standes zu arbeiten. Zu diesem Zwecke schließen sich die Handwerkmänner allerorts zu katholischen Meistervereinen zusammen. Von Woche zu Woche treten neue Vereine ins Leben. Die Meistervereine haben sich die wirtschaftliche Förderung, politische Schulung und religiöse Belehrung ihrer Mitglieder zum Ziel gesetzt. In diesen Aufgaben arbeitet vornehmlich die Zeitung „Der Handwerker“, die man durch die Post zum Preise von Mk. 1.— vierteljährlich beziehen kann. Wenn das Handwerk in seinem Eifer nicht erlahmt, dann braucht ihm um keine Zukunft seines Standes nicht bange zu sein.

Letzte Nachrichten Zu den Loslösungsbeitreibungen in Birkenfeld.

L. Ludwigshafen, 25. Juli. (Draht.) Die sozialdemokratische Fraktion des Landesausschusses der Provinz Birkenfeld hat ihr Mitglied F. Hecker aus Birkenfeld wegen Teilnahme an rechtsmännlichen Bestrebungen auf Grund einer Republik Birkenfeld, ohne daß er die Fraktion davon in Kenntnis gesetzt habe, aus dieser ausgeschlossen. Demamtsrichter Hbg. Harkon, der Regierungspräsident der Provinz Birkenfeld, wurde gezwungen, den Vorbehalt der Birkenfelder Zentrumspartei niederzulegen.

Schwierigkeiten in den Pariser wirtschaftlichen Verhandlungen.

TU. Weimar, 25. Juli. (Draht.) Wie hier verlautet, sind die Verhandlungen, die in Paris zwischen den Deutschen und der Entente über die Durchführung der wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages geführt werden, auf große Schwierigkeiten gestoßen. Es steht fest, daß Frankreichs eine Forderung auf sofortige Lieferung eines geradezu ungeheuren Quantums Kohles gestellt wurde. Der Vorsitzende der deutschen Kommission erklärte, daß es völlig unangbar sei, des Forderung zuzustimmen.

Zum Konflikt in der Berliner Metallindustrie.

TU. Berlin, 25. Juli. (Draht.) Reichsarbeitsminister Schlich hat eine Vermittlungsgesaktion im Konflikt mit dem Siemenskonzern eingeleitet. Heute mittag sind Vertreter der Werksleitung und eine Kommission der Arbeiter zu Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zusammengetreten. Die Situation ist gespannt.

Eine russische Forderung an die deutsche Regierung.

II. Moskau, 25. Juli. (Draht.) Katsowski richtete am 24. Juli einen neuen Junkpruch an die deutsche Regierung, in dem diese darauf aufmerksam gemacht wird, daß die deutsche Regierung das Radiotelegramm vom 19. Juli noch nicht beantwortet habe. Falls binnen 48 Stunden keine Einlimmtigkeitserklärung mit dem russischen Vorschläge eintreffen sollte, würden die freigelassenen deutschen Geiseln wieder freigegeben werden und daselbe Schicksal die deutsche Liquidationskommission treffen. Katsowski forderte von der deutschen Regierung die Freilassung Radets in einem Freipruch für Agelrod.

Eine Verschönerung deutscher Kriegesgefangenen in England.

TU. Berlin, 25. Juli. (Draht.) Die englischen Blätter vom 23. Juli enthalten eine Mitteilung, daß man einer groß angelegten Verschönerung deutscher Kriegesgefangenen im Gefangenenlager Dackhall Owerley auf die Spur gekommen ist. Die Einschränkung einer großen Anzahl Baracken der Kriegesgefangenen zum Ziele habe. Den deutschen Offizieren, die für die Führung der Barackenstellen verantwortlich sind, ist eröffnet worden, daß wenn irgend etwas Besseres geschehe, keine Entschuldigungen für die Untereinander der Gefangenen mehr gemacht werden und daß die Gefangenen im Freien schlafen müssen, solange sie im Lager verbleiben. Seit der Unterzeichnung des Friedens seien die Gefangenen viel minderpenigler gemorden und man sei der Ansicht, daß es sein werde, den Vorsehlichen, die sich auf die Behandlung der Gefangenen beziehen, strenge Geltung zu verschaffen. Der Aniaz zur Verschönerung wird den Offizieren der versetzten denischen Flotte in Scapa Flom, die in dieses Lager gekommen seien, zugeschrieben.

Verantwortlicher Schriftleiter: E. Thole, Weidha. Druck und Verlag: Weidhaer Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (H. Sommerfeld, Verleger), Weidha.

Das Kronsbeeren pflücken im Dyther-Moor ist nur gegen Lösung eines Scheines erlaubt. Scheine sind beim Vorstand in Empfang zu nehmen.
Die Moorgenossenschaft.
Der Vorstand: Kallage.

Infolge der Kohlennot ist eine Einschränkung der Stromabgabe erforderlich. Es wird daher, wenn Widerspruch nicht erfolgt, der Strom vom 1. Aug. d. J. an mittags von 12-1 1/2 Uhr und nachmittags von 5-8 Uhr ausgeschaltet.
Vehta, den 25. Juli 1917.

Elektrizitätswerk Hermanns.

Frühkartoffel-Abnahme
für Gemeinde Vehta und Dythe am Mittwoch, dem 30. Juli, vormittags von 8 bis 12 Uhr in Falkenroth, für Gemeinde Lutten am Donnerstag, dem 31. Juli, vormittags von 8 bis 12 Uhr auf Station Lutten. Preis 12 Mark. Zahlung bei Abnahme. Anmeldungen bis Montag erbeten.
Vehta. D. Schröder.

Neue Fahrräder
(Friedensware) mit Gummi

Neue Fahrrad-Laufdecken
Neue Luftschläuche.

Alles sofort lieferbar.
Reparaturen an Fahrrädern schnellstens.
G. Rolkes, Fahrradfabrik,
Vehta i. O., Telef. 28.

Lumpen, Knochen, Altpapier, Metalle, Wildfelle, Häute.
Alteisen kauft ständig
H. Kerkausen, Vehta,
Burgstrasse 2.

Geflügelstark
mittlere Körnung, ab Lager, lose und in Papierfäden billigst.
Vehta. P. A. Fortmann.

La doppelt gereinigte Seradella
solwie

Klee- u. Grassamen.
D. Schröder,
Vehta und Schneiderkrug.

Verkauf von jedem Posten
Heu u. Stroh.

In Schneiderkrug tägl. Abnahme beliebiger Mengen.
In Vehta vorherige Anmeldung erbeten.

D. Schröder, Vehta u. Schneiderkrug.
Wir kaufen fortwährend
Tannenholzbestände
und zahlen höchste Preise.

Oldenburgische Strokindustrie Damme i. O.
Sämereien z. Herbstsaat:
Gelbe Stoppekräben, Spörgel,
Zucarnaflee, Gelbflee, Seradella.
Damme. C. H. Mähler.

Sofort ab Lager lieferbar:
La glasierte Stein-Einmachdüse mit
Beschwerer von 10-100 Liter Inhalt,
weiße und grüne Einmachgläser von
1/2 bis 15 Liter Inhalt, Kieffer Ein-
loch-Apparate in verzinkt u. emailliert,
Kieffer Einloch-Gläser in allen Sorten
und Größen.
Händler erhalten Rabatt.
Schneiderkrug i. O. D. Schröder.

Kaufe nach ständig größere Posten.
Johannis- u. Stachelbeeren.
Fz. Suerdick, Vehta, Tel. 50.

Ammoniak, Amon.-Salpeter, Knochenmehl, Kattijalze, Gelblupinen.
Bezugs- und Absatz-Genossenschaft,
Lohne i. O.

Großer Pferde-Verkauf
in Colnrade.

Am Montag, dem 28. Juli läßt der Pferdehändler Siegle, Rennberg, Wildeshausen, beim Gastwirt Denghanzen in Colnrade von morgens 9 Uhr ab

20 gute Arbeitspferde
darunter schöne russische Gespanne, gegen Prüf- und Verzahlung unter voller Garantie verkaufen.
Höllingen. Coorjen, Nutt.

Achtung!
Alle Radfahrer der Stadt- und Landgemeinde Lohne, welche sich am Montag, dem 28. Juli 1917, bei der Einführung des hochwü. Heren Pfarrers beteiligen wollen, werden gebeten, sich am Sonntag, dem 27. Juli, nach dem Hofamt in Saale des „Hotels zur Post“ zu versammeln.
Der Einberufer.

Bilanz vom 31. Dez. 1918.

Aktiva	
Am Kassenbestand	16 040,24
Am Immobil.-Konto	3 870,99
Am Utensilien-Konto	1,-
Am Mobil.-Konto	76,17
Am Maschinen-Konto	2 654,82
Am Debitoren-Konto	23 699,93
Am Bestände-Konto	2 041,-
	Mk. 48 384,15
Passiva	
Br. Anleihe-Konto	13 381,-
Br. Anteile-Konto	520,-
Br. Waren-Konto	23 538,25
Br. Fiskus-Konto	473,43
Br. Anfohlen-Konto	5 894,93
Br. Reservefonds-Konto	2 332,81
Br. Betriebsrücklage-Konto	1 477,44
Br. Gewinn- u. Verlust-Konto	766,29
	Mk. 48 384,15

Zahl der Genossen Ende 1917: 43
Zugang in 1918: 2
Abgang in 1918: 3
Bestand Ende 1918: 42
Rechterfeld, den 20. Juli 1919.
Molkerei Genossenschaft Rechterfeld,
e. G. m. u. S.,
H. Frilling. B. Bramlage. G. Rübting.
Für unsere demnächst in Betrieb kommende modern eingerichtete

Oelmühle
werden Delfrüchte zur Verarbeitung von Mitte August ab bei uns angenommen.
Landwirtschaftliche Genossenschaftstrockererei
e. G. m. b. H., Wildeshausen i. O.

Photogr. Aufnahmen!!
Bin am Sonntag, 27. Juli wieder in Dintlage tätig u. komme von jetzt an jeden letzten Sonntag im Monat nach dort. G. Bodemann
Quatenbrück a. Bahnhof. Tel. 51

Oldenburg, Nach fünfjähriger Tätigkeit als Assistentin, insbesondere an der Universitäts-Frauenklinik zu Marburg und an der Akademischen Kinderklinik (Professor Schloßmann) zu Düsseldorf, habe ich mich hier als
Aerztin
niedergelassen.
Dr. med. Charlotte Lehn
Moltkestrasse 11. Fernruf 1290.
Sprechst. 9-11 vorm., 3-5 nachm.

„Kath. Arbeiter-Verein Lohne.“
Das Familienfest findet statt am Sonntag, dem 27. Juli, auf dem Schützenhofe.
Die Mitglieder versammeln sich 1/5 Uhr im Vereinslokal zum Durchmarsch durch die Stadt. Die Damen sowie Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich willkommen.
Der Vorstand.

Landesverband oldenburgischer Kriegsbeschädigter u. Hinterbliebenen

Große öffentliche Versammlungen
finden statt:
Montag, den 4. Aug., abends 8 Uhr in Wiesbek im Saale des Herrn Stübe;
Dienstag, den 5. Aug., abends 8 Uhr in Vehta im Saale des Herrn Schäfers;
Mittwoch, den 6. Aug., abends 8 Uhr in Lohne im Saale des Herrn Haskamp;
Donnerstag, den 7. Aug., abends 8 Uhr in Dintlage im Saale des Herrn Drebeck;
Freitag, den 8. Aug., abends 8 Uhr in Steinfeld im Saale des Herrn Wetters Ww.;
Samstag, den 9. Aug., abends 8 Uhr in Damme im Saale des Herrn Schilgen.
Tagesordnung:
„Der Kriegsbeschädigte und die neue Zeit.“
Referent: Kamerad Südfeld - Berlin.
Der Landes-Vorstand.

Lustige Karuffelfahrt
am Sonntag, 27. Juli, in Ostersee.
Es ladet freundlichst ein
Lohne. Martin Meyer.

Hotel Schäfers, Vehta.
Am Sonntag, 27. Juli, abends 8 Uhr,
Konzert
der beiden erblindeten Künstler Heinrich Meyer und Pianist Willy Müller, unter Mitwirkung der Violinisten Hugo Müller und Ely Werner. Dasselbe Konzert findet in Lohne statt am 26. Juli, abends 8 Uhr im Schützenhofe und in Damme am 28. Juli, abends 8 Uhr im Hotel Droste.
Eintrittskarte, sowie Vortragsfolge an der Abendkasse.
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.

Schützenverein „Hagstedt.“
Am Sonntag, dem 27. Juli, nachm. 5 Uhr
General-Versammlung
im Vereinslokal.
Tagesordnung:
1. Rechnungsablage.
2. Berichtedens.
— Freizeiter. —
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute morgen 4 Uhr unsere liebe, sorgsame Mutter, Schwieger- udd Großmutter,
die Witwe
Bernard Siemer
im 84. Lebensjahre zu sich in den Himmel zu nehmen.
Um ein andächtiges Gebet bitten
Die trauernden Angehörigen.
Bakum, Steinfeld, Langwege, Fährstringen und Büschendorf, 26. Juli 1919.
Die Beerdigung findet statt am Montag, dem 28. Juli, morgens 10 Uhr in Bakum, wogu Verwandte und Bekannte eingeladen werden.

Todes-Anzeige.

Plötzlich und unerwartet verschied heute morgen mein lieber Sohn, unser lieber Bruder
Ludwig Spille
im Alter von 17 Jahren.
Die trauernde Mutter
und Geschwister.
Barenesh, den 24. Juli 1919.
Die Beerdigung findet am Montag, dem 28. Juli, vormittags 9 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratsschlusse gefallen, meinen lieben Mann, unsern guten, treuherzigen Vater, Bruder, Schwager und Onkel, den
Landmann
Franz Theodor Wichmann
nach einer langen, im Felde zugezogenen und mit Geduld ertragenen Krankheit, wohl vorbereitet durch einen christlichen Lebenswandel und steter Empfang der hl. Sacramente im 41. Lebensjahre zu sich in den Himmel aufzunehmen.
Man bittet, seiner Seele im Gebete zu gedenken.
Die trauernde Witwe
und Kinder.
Lutten, Dythe und Resthausen, den 24. Juli 1919.
Die Beerdigung findet statt am Montag, dem 28. Juli, morgens 9 1/2 Uhr vom Sterbehause aus, wogu Freunde, Verwandte und Bekannte eingeladen werden, falls sie aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben.

Oldenburger Landbund und Sozialdemokratie.

An die oldenburgische Presse veröffentlicht der Oldenburger Landbund folgenden Artikel:
"Wie uns aus einem Gemeindeglied mitgeteilt wird, hat dort der sozialdemokratische Volksverein in einer Generalversammlung den Beschluß gefaßt: 'Alle Sozialdemokraten, die bisher Mitglieder des Landbundes waren, erklären ihren Austritt aus dem Landbund.'"

Dadurch wird manches Landbundmitglied gezwungen, sich zu entscheiden, welchen Weg es gehen will. Die Verhandlungen in der 14. Sitzung der verfassunggebenden Versammlung zeigen auf die dringende Notwendigkeit der Sozialdemokratie den berechtigten Forderungen der Landwirtschaft, die von Landwirtschaftskammer und Landbund aufgestellt sind, keinerlei Verständnis entgegenbringen. Der Abg. Baumüller, der wirklich die Verhältnisse aus eigener Erfahrung kennt, stimmte stets im Gegensatz zu seinen Fraktionsgenossen. Der Landbund steht auf dem Standpunkt, daß die Förderung der Landwirtschaft nicht Parteieliebe ist, sondern dringende Angelegenheit des ganzen Volkes. Der Landbund muß aber andererseits den größten Wert darauf legen, daß ihm nicht Mitglieder angehöre, die mit seinen Zielen und Bestrebungen nicht einverstanden sind, denselben wohl gar entgegenarbeiten. Im andern Falle würde der Landbund sich selbst zur Ohnmacht verurteilen. Wollen ihm politische Parteien den Kampf anlagen, so ist das für den Landbund kein Unglück. Er wird sich von seinem Programm, welches von verlässigen Landwirten aller Parteien aufgestellt ist, beswegen nicht abbringen lassen. Im übrigen sind offene Gegner immer bedeutend angenehmer als falsche Freunde."

Wenn gegen den Landbund angeführt wird, daß er sich nicht beim "Bund der Landwirte" lue, so ist dies vollkommen falsch. Seinerzeitung sucht der Oldenburger Landbund Verbindung mit gleichgerichteten Vereinen anderer deutscher Staaten. Bislang ist der Oldenburger Landbund noch keine Verbindung eingegangen. Mit dem "Bund der Landwirte" wird er sie auch nicht suchen!

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen, sieht der Oldenburger Landbund heute noch keine Veranlassung, da noch nicht zu übersehen ist, ob der Kampf gegen den Oldenburger Landbund von der Sozialdemokratie auf der ganzen Linie eröffnet werden soll. Für die hohen Ideale, die die Sozialdemokratie erstrebt, haben wir volles Verständnis. Leider sieht die rauhe Wirklichkeit in gar zu scharfem Gegensatz zu diesen Idealen."

Manche Landwirte haben bei der letzten Wahl ihre Stimme den Sozialdemokraten gegeben, weil sie über die Zwangswirtschaft verärgert waren. Solche Bürtien von ihrem Irrtum glücklich befreit sein. Auch die Landarbeiter haben von der Sozialdemokratie kaum etwas zu erwarten. Denn die gerechte Forderung, daß der Lohn des Landarbeiters dem Lohn des Stadtarbeiters einermäßen entsprechen muß, scheitert vor allem an dem Widerstand der Sozialdemokratie, die angemessene Löhne in Form höherer Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse im allgemeinen nicht bezahlen will. Bisher ist es der Sozialdemokratie leider noch nicht gelungen, ein zugrätliches Agrarprogramm aufzustellen. Hoffentlich wird ihr dies in nicht zu ferner Zeit gelingen. Mit Schlagworten sind landwirtschaftliche Fragen nicht zu lösen. Dazu gehört Sachkunde, die der Sozialdemokratie bis heute leider im allgemeinen fehlt. Hoffen wir auch hier auf Besserung!"

Es ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß Landbund und Sozialdemokratie mehr und mehr in eine Kampfstellung gegeneinander geraten. Der in der obigen Aufsicht angeführte Beschluß wurde, wie aus einem Artikel des jtz. Abg. Denker im Welmhorster Kreisblatt hervorgeht, im sozial. Wahlverein Candecksee gefaßt. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß diesem Beschluß gleichartige anderer jtz. Wahlvereine folgen werden. Die Konsequenz ist dann, daß auch der jtz. Abg. Baumüller, der dem Vorstand des Oldenburger Landbundes angehört, durch einen ähnlichen Beschluß seitens der Partei gezwungen wird, von seinem Posten zurückzutreten. Dieser Entschluß mag man von Seiten des Oldenburger Landbundes bedauern, aber wer die Stellung der Sozialdemokratie zur Agrarfrage kennt, mußte sie voraussehen. Das entsprechende wirtschaftspolitische Programm des Oldenburger Landbundes kann den Sozialdemokraten garnicht genügen, da sie den Parteipolitikern kaum heimeswegs aufgegeben haben. Parteipolitische Gesichtspunkte sind bei den Sozialdemokraten maßgebend; die parteipolitischen Ziele würden zweifellos nicht erreicht werden, wenn der Oldenburger Landbund das Landvolk reflexlos in sich aufnehmen würde. Deshalb sind die gemerktschaftlichen Organisationsbestrebungen seitens der Sozialdemokratie zugleich solche politischer Natur. Dem Parteiinteresse der Sozialdemokratie muß die Zusammenarbeit mit Oldenburger Landbund geopfert werden. Die Tatsachen beweisen das zur Genüge."

Andererseits sind im Oldenburger Landbund wegen seiner Zusammenfassung gewisse Gegenstände nicht zu vermeiden, weil die Züls seiner wirtschaftspolitischen Bestrebungen keine ausschließlich einseitliche Wirtschaftspolitik ist, sondern in gewissem Sinne Parteipolitik. Das läßt sich nicht bestreiten. Im Südbaldburger Landbund ist die Lage eine durchaus andere, da seine ganze Mitgliedschaft wohl ausschließlich politisch dem Zentrum angehört und deshalb hier die Wirtschafts-

politik von vornherein dem Rechnung trägt. Deutsche Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten jedoch, denen im wesentlichen die Anhänger des Oldenburger Landbundes politisch angehören, werden auch im Landbunde ihre wirtschaftliche Auffassung der Wirtschaftspolitik nicht verleugnen können. Dadurch sind Reibungsmöglichkeiten geschaffen und Reibungen bleiben deshalb auch nicht aus. Sie werden stärker auftreten, wenn durch Majorität oder durch Aufnahme der Führung von Seiten einer der verschiedenen Richtungen der Landbund nachfolglich beeinflusst wird. Daß diese Gefahr nicht ganz von der Hand zu weisen ist, wird man zugeben müssen. Wenn der Oldenburger Landbund in das Fahrwasser einer einzelnen Partei geraten würde, so wäre das sein Ende. Er wird deshalb alle vermeiden müssen, was als Unterfägung im Sinne einer Partei ausgelegt werden könnte."

rd. Die Demokraten gegen das Schulkompromiß.

Das Schulkompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokraten wurde in der Nationalversammlung in zweiter Lesung angenommen. Wir sind uns näheren auf die ungebührliche Wichtigkeit dieses Kompromisses, das auf dem Schulgebäude eine neue Seite einleitet, bereits eingegangen. Vieles wird darüber noch zu sagen sein, wenn das Schulkompromiß Geseh und in die Praxis umgesetzt wird. Heute wollen wir den Standpunkt der Demokraten gegenüber dem Schulkompromiß dem christlichen Volke vor Augen führen, denn den Demokraten wird ihre Haltung in der Schulfirage und die Art und Weise, wie sie ihren Standpunkt in der Nationalversammlung vertreten haben, nicht vergessen werden."

In Oldenburg haben die Demokraten anerkenntenswerterweise einen freisinnlicheren Standpunkt in der Schulfirage angenommen, als es die Demokraten im Reich für nötig hielten. Im Oldenburg ertheilten wir mit Hilfe der Demokraten leiblich annehmbare Schulparagrafen, im Reich dagegen nahmen die Demokraten, solange sie der Regierung angehörten, den Schulforderungen des Zentrums, besonders der konfessionellen Schule gegenüber einen weit ablehneren Standpunkt ein als selbst die Sozialdemokraten. Nach dem Ausscheiden der Demokraten aus der Regierung, vollends bei den Schuldebatten in der Nationalversammlung und jetzt im Lande steht der Kampf der Demokratie gegen das Schulkompromiß mit aller Wucht ein. In der Nationalversammlung verurteilten sie mit allen Mitteln die Mehrheitssozialisten gegen das Schulkompromiß aufzuheben; sie zogen mit den Unabhängigen an einem Strang. Ihre Haltung wird zweifellos dem preußischen Kultusminister ähnlich, der ebenfalls gegen das Schulkompromiß arbeitet, veranlassen, diese Tätigkeit fortzusetzen, deren Ziel die Hintertreibung des Schulkompromisses noch in der dritten Lesung der Verfassungsvorlage, auch das Ziel der Demokraten ist."

Auf ihrem Parteitag in Berlin am 21. Juli nahmen sie folgende Entscheidung an: "Das neue Schulkompromiß bedeutet die völlige Preisgabe der nationalen Einheitschule. Es verschärft unsere Jugend an die politischen Parteien und verhindert jeden organischen Ausbau der Schule. Der Parteitag fordert von der Fraktion, daß aus erzieherischen und allgemein politischen Gründen die Durchführung mit allen verfassungsmäßig zugänglichen Mitteln verhindert wird." Wir zweifeln nicht daran, daß die Mehrheitssozialisten jsoviel Einsicht besitzen werden, um die Beweggründe zu erkennen, welche die Demokraten veranlassen, ihre Zweureitigkeiten fortzusetzen, um das mühsam erzielte Wert zu zerstören. Dieser Ansturm der Demokraten gegen das Schulkompromiß ist nicht von freisinnlichen und demokratischen Motiven eingeleitet, sondern von dem Interesse an der Demokratie in der Schulfirage, was durch die Debatten in Weimar bewiesen wurde. Das christliche Volk wird nicht vergessen, wie jetzt in Weimar gegen seine heiligsten Interessen Sturm lief."

Wahre Freiheit jeder Lebensregung wird durch das Schulkompromiß verweigert. Die hier gesunde Lösung ist für die Regelung der Schulfirage in der Verfassung unter den obwaltenden Umständen die beste. Jede andere Lösung hätte eine geistige und seelische Vergewaltigung vieler Eltern und Kinder bedeutet. Wir können den Demokraten den Vorwurf nicht eriparen, daß sie bereit waren, diese Vergewaltigung der Freiheit von Millionen christlicher Eltern zu unternehmen. Das Ziel der Demokraten ist die simultane Einheitschule als staatliche Zwangsschule. Das Schulkompromiß verbaut ihr den Weg und beugt damit einem Schulsturm vor, der in Interesse der Schule und im Interesse unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens unbedingt unermessen werden mußte. Nicht "an die politischen Parteien" verlagert das Schulkompromiß die Schuld, sondern es liegt nach dem Prinzip wahrer Religionsfreiheit die Entscheidung über die Schule in die Hand der Erziehungsbehörden, der Eltern."

Wer als Demokrat diese Lösung ablehnt, der will eben keine Freiheit der Weltanschauung, der will den Eltern die Entscheidung über die Erziehung der Kinder nicht zugeben, sondern der Staatsallmacht, und dieser Standpunkt ist undemokratisch und führt zum geistigen Zwange, zur Intoleranz. Zum andern zieht das Schulkompromiß weisheitswidrigen liberaler Lehrer den Boden unter den Füßen fort. Der Demokrat Seyfert schloß seine Rede in Weimar mit den Worten: "Die Gewissensfreiheit der Weltanschauung haben Sie (die

Mehrheitsparteien) erreicht, aber die erzieherische Gewissensnot dauernd begründet." Worin diese erzieherische Gewissensnot bestehen soll, darüber haben wir Auskunft nicht erhalten, aber es ist doch wohl die Frage am Platze: Wollen die Demokraten wegen dieser angeblichen erzieherischen Gewissensnot dazu beitragen, die Gewissensfreiheit der Weltanschauung von Millionen christlicher Eltern zu vergeraltigen? Das wäre der Fall, wenn die demokratischen Schulpläne in die Wirklichkeit umgesetzt würden. Das Schulkompromiß gibt allen Eltern die wirkliche Freiheit — die demokratische staatliche Simultanschule dagegen; das Schulkompromiß ermöglicht und sichert u. a. auch in funktionell stark gemäßigten Gebieten zumest einer religiösen Minderheit die Errichtung öffentlicher Schulen — die demokratische staatliche Simultanschule kennt ein solches Entgegenkommen nicht. Diese staatliche Simultanschule würde gerade bei Millionen die "erzieherische Gewissensnot" dauernd begründen. Jeder Demokrat mußte den wirklich liberalen Standpunkt, jeder erklären liebergewegung die Bahn frei zu machen, begriffen, aber man ist heute nicht so weitlos, diese Freiheit, die das Schulkompromiß bringt, aus den Händen des Zentrums entgegenzunehmen."

Die Zentrumsfraktion hat sich durch ihre Mitarbeit an dieser eminent wichtigen Regelung ein ungeschätzbares Verdienst um das christliche Volk erworben. Die Minderheit wird das dankbar anerkennen und mit Zuversicht in die Zukunft schauen. In der Verteidigung der christlichen Freiheit gibt dem Zentrum immer das Wort, das in der oldenburgischen Landesversammlung sich: "In der Schulfirage kapitulieren wir niemals."

Zur großen Vermögensabgabe.

Man schreibt uns: Der Artikel "Das Reichsnoteppos II" in Ihrer Nummer vom 18. d. Mts. bringt eine klare Darstellung, wie die Vermögensabgabe gebacht ist. Wenn die den großjährigen Kindern in den letzten Jahren gemachten Vermögensabtretungen dem Besitz des Vaters wieder zugeordnet werden sollten, dann ist es in vielen Fällen dem Vater überhaup nicht möglich, die Abgabe zu leisten. Nehmen wir einen Fall: Der Vater besitzt ein Vermögen von 1 000 000 Mark u Anfang des Krieges; er hat davon an 10 großjährige Kinder je 100 000 Mk. abgetreten und behält für sich als Altenteil 100 000 Mk. Die Abgabe beträgt nach Ihrer Angabe wie folgt:

1 000 000	
50 000	Kinderprivileg
1 045 000	
500 000	zu 10%
500 000	zu 20%
545 000	zu 24,8
134 070	

Abgabe 184 070
Der Vater hat aber nur noch 100 000 Mark. Was macht nun Fiskus, der Abgaben haben muß? Er muß die Kinder heranziehen und dafür ein Geseh machen, denn freiwillig wird keiner Steuern zahlen. Weshalb verlangt das Reich nicht direkt die Kinder, warum den Vater, der zahlungsunfähig ist? Weshalb die Umwege? Natürlich um eine höhere Vermögensabgabe zu erzielen. Die kann aber auch erzielt werden, wenn jeder der Abgabenschuldigen 18% zahlt. Das würde für Andere wieder zu hoch sein. Warum müssen aber die 100 000 einmal mit 11% und ein anderes Mal mit 17-18% belastet werden? Die Abgabe eines Vermögensstücks seitens des Vaters an großjährige Kinder kann doch kein Verbrechen sein, welches bestraft werden muß. Bei dem Beispiel, welches Sie anführen, 205 000 Mk. und 3 Kinder, könnte es auch der Fall sein, daß der Vater 150 000 Mk. vorab seinen Kindern zugewandt hätte und dann müßte er von seinem Altenteil 50 000 Mk. noch 19 550 Mk. Vermögensabgabe leisten, es bliebe ihm noch 30 450 Mk., wohl zu wenig, um zu leben. Nein, es gibt nur einen Weg der Gerechtigkeit in dieser Angelegenheit: Jedes großjährige Kind zahlt von dem, was es auf Erbschaftskonto erhalten hat und für die Minderjährigen werden für jedes Kind 50 000 Mk. a 10% berechnet, wie im Entwurf angegeben. Müßten die Prozentsätze auf 100 000 Mk. usw. etwas erhöht werden, so wäre das zu ertragen, wenn es sich um eine gerechte und vernünftige Verteilung handelte, die die Möglichkeit gibt, daß der Staat sein Geld bekommt und die Steuerpflichtigen leben können. Fiat justitia perat mundus.

Anonymous.

Der Grund dafür, daß man an dem Entwurf die von ihnen kritisierte Beordnung getroffen hat, liegt wohl darin, daß man diejenigen, die ihr Vermögen an die Kinder verteilt haben, gerade so scharf treffen will, wie jene, die dies nicht getan haben. Die von Ihnen vorgeschlagene Lösung würde sich wohl für Ihr Beispiel treffen lassen, aber wenn man allgemein die kleineren Vermögensstände so stark belassen wollte, so würde das der Absicht des Gesetzes nicht entsprechen. Vertrieben wird der Entwurf in den Beratungen des Ausschusses noch wohl manche Aenderung erfahren."

Aus dem Oldenburg, Münsterlande

— Der Frauenverein beschloß in seiner letzten Generalversammlung, seine Sammeltätigkeit mit

einer Sammlung für den Verein beschädigter Kriegsteilnehmer verläufig zu beschließen. Die Sammlung wird Anfangs nächster Woche von den Damen, die bisher die Sammeltätigkeit ausübten, vorgenommen werden. Man darf wohl hoffen, daß der Ertrag in Anbetracht des guten Zweckes ein recht großer sein wird."

Die Bezugspflicht für Schuhwaren bleibt zurzeit aufrechterhalten. Die von der Reichsbeschickungsstelle beabsichtigte Aufhebung der Bezugspflicht bezieht sich nur auf Web-, Wirk- und Strickwaren."

Das Haus mit Ländereien der Witwe C. Sommer kaufte dieser Tage der Postoffizier 5. Heidkamp hier, zurzeit in Steinfeld."

Kalk- und Zementbewirtschaftung. Der Erntemobilisationskommissioner stellt uns mit: In Ergänzung der Bekanntmachung vom 16. Juni 1919 über Kalkbewirtschaftung wird hierdurch die Zementverbraucher vom Zement vom Reichsbeschickungs-kommissioner dem Zementbund übertragen worden ist. Hierzu wird folgendes bemerkt: Die für Deutschland vorausichtlich zu erzeugende Zementmenge im Monat wird 150 000 Tn. betragen. Für die Verteilung sind folgende 9 Bauklassen unterteilt: 1. Bergbau, 2. Kleinwohnungsbau, 3. Wasserbau, 4. Eisenbahnbau (Gruppe I) — mit 60 Prozent der monatlichen Gesamtzeugung zu beliefern), 5. sonstige Staatsbauten, 6. Provinzial- und Kommunalbauten, 7. Industriebauten, 8. Zementwarenfabriken, 9. Handel (Gruppe II) — mit 40 Prozent der monatlichen Gesamtzeugung zu beliefern). Es ist bei vorliegender Aufstellung für jede Bauklasse eine Bedarfsmenge auf Grund vorhandener Unterlagen angenommen worden. Gemäß dieser Zahlen ist prozentual die Anteilmenge festgelegt, die von der zur Verfügung stehenden Gesamtmenge auf jede Bauklasse entfallen wird. Danach ergeben sich für: 2. Kleinwohnungsbau 5400 Tn., 6. Provinzial- und Kommunalbauten 8600 Tn., 7. Industriebauten 12 200 Tn. Für die zuletzt genannten Bauklassen 2, 5, 6, 7 folgen von denjenigen Stellen, in deren Händen die Zementbewirtschaftung liegt, Dringlichkeitscheine für Zement für die Belieferung ausgestellt werden."

Die Prozentsätze der neuen Altschulsteuer. Die Vorlage über die Erhöhung der Umsatsteuer ist nunmehr vom Staatsanwaltschaft fertiggestellt. Generell soll je 1 Prozent betragen; für alle Haushaltsgegenstände 5 Prozent bei Abgab vom letzten Verkäufer, für Luxuswaren beim Absatz vom Hersteller 10 Prozent. Verschiedene Dinge, wie Feinkost, Blumen usw., sollen mit 10 Prozent beim Absatz vom Verkäufer, Zeitungspapier, die Unterbringung von Personen in Gasthöfen, die Aufzählung von Wertsachen und Pelzen ebenfalls mit 10 Prozent besteuert werden. Für die Eins- und Einfuhr ist eine gewisse Schonung vorgesehen."

Löhne, 24. Juli. Am Sonntag feiert der kath. Arbeiterverein ein Familienfest und ladet Freunde und Gönner dazu ein. Da der Gründer dieser großen Familie, der hochw. Herr Kaplan Siegemann, zum Pfarrer von Löhne ernannt ist, wird die Veranstaltung eine besonders feierliche werden. Punkt 3 Ubr ist der Festabend durch die Stadt, und der Führer der kath. Arbeiter, Abg. Sanke-Oldenburg, wird im Schöngarten dann die Festrede halten. Auch sonst wird es nicht an Unterhaltung fehlen und werden wohl alle Arbeiter und die Frauen an dieser Feier teilnehmen."

Cluppenburg, 24. Juli. Eine Sitzung des Magistrats und Stadtrats findet am Samstag (26.) 5 Ubr auf dem Rathause statt."

Aus der Residenz und dem Norden.

Oldenburg, 26. Juli.

(—) Der Schweinemarkt wird, wie der Magistrat bekannt gibt, von jetzt ab regelmäßig des Donnerstags wieder abgehalten. Sponfentlich kommen dann auch Schweine, sonst müßten Zwangsmaßnahmen angeordnet werden."

Die Landwirtschaftskammer hat auf Montag, den 25. August eine außerordentliche Gesamtsammlung nach dem Strandhotel in Lohsen einzuberufen, in der über weitere Erhöhung der Bezugsgebühren für das Landwirtschaftsblatt beraten werden soll. Die festgestellten Preise für Papier usw. machen eine Erhöhung der Bezugsgebühren des Blattes notwendig."

Am Randshorst und beim Aldeemannshoff hat man mit dem Bau von etwa 100 neuen Wohnungen begonnen. Fast alle hier anfalligen Baubewerber sind daran beteiligt und voll beschäftigt. Die rechtzeitige Fertigstellung der Häuser wird aber in Frage gestellt, weil Mangel an Rohmaterial eintritt. Die Ziegeleien haben bisher noch Steine liefern können. Es wird aber befürchtet, daß schon in den nächsten Wochen die Rohmaterialien eingekauft wird und die Ziegeleien dann ihren Betrieb stilllegen müssen. Jene, die schon heute nicht vorhanden sind, trifft nur in geringen Mengen ein. Die Bauführung wird dadurch sehr gehemmt. Zudem steigen die Preise für Rohmaterialien von Tag zu Tag."

Für die Verfertigung der einfrierenden Krebseingekochenen will die Stadt 20 000 Mk. zur Verfügung stellen. Es kommen etwa 500 gefangene in Frage. Jeder erldet einen kleinen Betrag, um sich in den ersten Wochen versorgen und bleiben zu können. Dann erhält jeder rathmäßig Arbeit und Wohnung."

Die Wohnungsnot ist noch immer im Zunehmen begriffen. Für die Vermittlung von

Wohnungen werden Wohnungen bis 100 Mk. und Lebensmittel (10 Pfd. Zucker, Fett usw.) von einzelnen Wohnungslosen angestellt.

Die Freigehilfen beschließen, erneute Verhandlungen wegen Erhöhung des Wochenlohnes mit den Arbeitgebern einzuleiten.

Das Marinebauamt Oldenburg wird in drei Bauabteilungen (Schiff, Uhlhorn und Bledede) eingeteilt werden. Ein erheblicher Prozentsatz des Personals, insbesondere die weiblichen Kräfte, ist entlassen. Die bisherigen Geschäftsräume werden von dem am 1. Oktober hier neu erscheinenden Zeitung in Benutzung genommen.

Severland und Jadestädte.

A Jever, 24. Juli. Ein recht nettes Zeugnis stellt der Berichterstatter der Republik in seinem Bericht über das Schicksal der Seeveramer aus. Er schreibt u. a.: „Manderlappere Seewied wird auf der Walfahrt des Schützenfestes sterben und manches Mädchen wird dort ihre Unschuld verlieren.“ Einen solchen Rückschlag des Schützenfestes möchten wir zur Ehre der Seeveramer doch nicht ohne weiteres voraussetzen.

Rüstringen, 25. Juli.

Im Stadtrat kam es bei der Debatte über die scharfen Auseinandersetzungen zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialisten. Die „Republik“, das Organ der Mehrheitspartei, beginnt ihren Bericht folgendermaßen: „Die mehrstündige, teilweise erregte Aussprache gipfelte in der getragenen Abstimmung der vierte Punkt der Tagesordnung. Es war eine grundsätzliche Aussprache zwischen den Unabhängigen und den Mehrheitssozialisten, bei der die Demagogie der letzteren rücksichtslos an den Pranger gestellt wurde.“ Das ist eine recht eigenartige Kritik wider Willen. Wir nehmen aber an, daß die „Republik“ das Gegenteil hat sagen wollen.

Nah und Fern.

Erdbetrüß, 23. Juli. Frost. Eigenartige Wundstache sind heuer dem Wittensteiner Ländchen beschieden. In den letzten Nächten sank an den Höhenlagen die Temperatur unter den Nullpunkt. An ungeschützten Stellen sind Bohnen und Kartoffeln erfroren.

Vermischtes.

Erwerbslosenunterstützung auch für Spilhaben? Der „Hann. Kurier“ schreibt: Bei einer kleineren Firma wurde ein Mann dabei gefaßt, als er 300 Paar Gummiabfälle, die bei der Firma geflochten waren, verkaufen wollte. Selbstverständlich wurde er wegen Diebstahls entlassen. Dieser Mann bekommt für die nächsten acht Tage nichts, dann aber, wie die Firma durch Erkundigung bei

der Erwerbslosenunterstützung Linder erfahren hat, seine Erwerbslosenunterstützung genau so gut, wie jeder, der arbeitslos geworden ist. Das ist doch eigentlich die Höhe. Ein moralischer Eschbire wird, wenn er bei einer Firma entlassen ist, auf Staatskosten weiter erzogen. Dieser Mann hatte übrigens noch die edle Dreifaltigkeit, von der Direktoren das Geld für seinen noch nicht gehalten Urlaub (!) zu verlangen. Die Direktoren hat ihm das Geld natürlich nicht bezahlt, sondern ihm anbeimgestellt, die Firma daraufhin zu verklagen.

Briefkasten.

Nach Westrup. Einwendungen ohne Unterstützung werden nicht berücksichtigt. Die Angelegenheit ist übrigens durch ein Eingekandt schon hinreichend klar gestellt.

Stimmen aus unserem Leserkreise.

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)

Aus dem Amte Wechta.

Seit längerem Jahren befindet im Amte Wechta eine Zwangsanstalt für Maschinenbauer, Schloffer und Schmiede, doch selbige besteht nur, um jährlich zu den Unkosten beitragen zu helfen. Wie man täglich in den Zeitungen lesen kann, alle Handwerker jeder Branche vereinbarte Preise, die auch eingehalten werden. Warum kann nicht auch diese Innung vereinbarte Preise haben, besonders für Schlosser und Schmiede. Aber es gibt verschiedene Handwerker, die wollen, trotzdem das Material so teuer ist, stets die Ware billiger liefern als andere, was doch in dieser Zeit nicht geht. Ich meine, man müßte auch vereinbarte Preise haben und selbige nach Materialkosten so setzen, daß jeder, ob er in der Stadt oder auf dem Lande wohnt, damit auskommen kann. Falls eine solche Vereinbarung nicht zustande kommen sollte, wäre mein Wunsch, daß die Innung aufgelöst wird. Ein Handwerker.

Oldenburg.

Die Antwort der oldenburgischen Regierung nach Birkensfeld.

Bei dem Vorsitzenden des Landesauschusses, Cullmann (Oberstein), ist vom Oldenburg. Staatsministerium folgende Drabantwort entgegengenommen: „Nach § 2 der Verfassung unterliegen Veränderungen im Staatsgebiet dem Beschluß von Landtag und Staatsministerium. W in § 6 des Landesgesetzes wird bei der Abtrennung von Landteilen ausdrücklich, soweit Gesamtergebnisse des Staates dies zulassen, Kommission zur Vorphandlung aller in Betracht kommenden Fragen in Oldenburg gern erwartet.“ Staatsministerium. Ministerpräsident Lanßen.

Empfehle zur Saat:

Breustedts verbesserten Original Petkuser Saatroggen und Saatweizen gegen Saatkarte. Z. S. Bornhorst.

Bauartikel.

Am Dienstag, dem 29. Juli, vormittags 11 Uhr, werde ich für B. Oldenburg, Bohne, Brinkstr. ca. 110 Quadratm. guterhaltene Dachpappe, 110 Quadratm. Schaldbretter, etwas Giebelbretter, 32 leichte Sparren 3 1/2 Meter lang, 2 leichte Setzen, 2 starke Träger, 12 Meter Rohrohre u. 30 Stk. Schneidegeräte, ferner 1 Mantelstiel, 1 großen, runden Tisch, zwei Waschtische, 1 Kinderstühlchen, 2 Schaufelstühle, 3 gute Fenster, 1 Wassertr., 1 Sopha und sonstiges öffentlich verkaufen.

Bohne. B. Zerhusen.

Eichen- und Nadelholz-Bestände, sowie Brennholz aller Holzarten

Handorf i. D. B. von Handorf, Holzhandlung, Telefon Dammstr. 399.

Zu kaufen gesucht ganze Waldbestände (Kiefern oder Eichen) gegen Kasse.

Zu wenden an Otto W. Stimpelen, Oldenburg, Turistr. Nr. 10, Fernruf 1679.

la Gelblupinen

ohne Saatkarten hat abzugeben. Wechta. D. Schröder.

Frühtartoffeln

nehme am Dienstag, dem 29. d. Mis. ab. Amberg. S. Gerdes.

Zur kath. Auswandererfürsorge.

Ein Problem, das gegenwärtig im Vordergrund der Erörterungen steht ist die Auswandererfrage. Der wirtschaftliche Niedergang Deutschlands wird Kaufende, wenn nicht Millionen deutscher Staatsbürger zwingen, im Ausland sich Erwerb zu suchen und eine neue Heimat zu gründen. Schon jetzt rufen sich Auswandererlustige in der Hoffnung, daß die Grenzen bald geöffnet werden, zum Aufbruch in fremde Länder. Es wäre Torheit, die Auswanderung hinauszuhalten oder gar verbieten zu wollen. Ebenso richtig ist es aber auch, Leute, die im Inland ihr Auskommen finden, zur Auswanderung anzuregen. Wir kennen heute noch nicht einmal die Bedingungen, unter denen die ausländischen Staaten unsere deutschen Einwohner aufnehmen werden. Manche Länder werden auf Jahre hinaus für deutsche Auswanderer geschlossen bleiben. Es kann deshalb nicht dringend genug vor einer überhätigen Auswanderung gewart werden. Jetzt heißt es zunächst: Abwarten, bis Klarheit geschaffen ist, und dann die Auswanderung in möglichstem einheitlichem Geiste nach Ländern leiten, welche die Gewähr bieten, daß unsere Landsleute dort eine sichere Erfindung finden. Einmalen gilt es für das Reich und die gemeinnützigen Organisationen für Auswandererfürsorge und Beratung, die mit der kommenden Auswanderung zusammenhängenden Fragen gründlich zu studieren und alle Vorbereitungen zu treffen, damit der Strom der Auswanderer sich nicht überflutet, sondern von vornherein in ein geordnetes Flußbett geleitet wird.

Auf katholischer Seite arbeitet intensio für die kommende Auswanderung der Deutsche Raphaelverein in enger Verbindung mit dem Deutschen Caritasverband, während sich der Fürsorge für unsere bereits im Ausland weilenden Glaubensbrüder der Reichsverband für die katholischen Auslandsdeutschen widmen wird.

Die Hauptgeschäftsstelle des Raphaelvereins befindet sich in Freiburg i. Br., Belfortstr. 18. Eine zweite Geschäftsstelle ist vor kurzem in Berlin S. 14, Janselstr. 18, eröffnet worden. Dort befindet sich auch die Geschäftsstelle des Reichsverbandes für die katholischen Auslandsdeutschen. Die zukünftigen Aufgaben des Raphaelvereins schildert eindringlich eine kleine, im Caritasverlag zu Freiburg i. Br. erschienene Schrift unter dem Titel: „Die Pflichten der deutschen Katholiken gegenüber der neuen Massenwanderung.“ (Preis 30 Pfg.).

Eine eingehendere Darstellung enthält das 7. Heft des Auswandererproblems: „30 Jahre Raphaelverein zum Gönne katholischer deutscher Auswanderer und die drohende Auswandererflut im neuen Deutschland“ von Priester Dr. Werthmann (Freiburg i. Br., Caritasverlag, Preis 1 Mark). In dieser Schrift werden auch die einzelnen Länder als Auswanderungsziele ausführlich behandelt. Der Leser lerne hier ferner die Tätig-

keit und Verdienste des Raphaelvereins in den vergangenen 30 Jahren kennen.

Für Auswandererlustige veröffentlicht der Raphaelverein sodann einen kleinen, überaus praktischen Wegweiser unter dem Titel: „Neu-Vaterland. Kleiner Ratgeber für Auswanderer“ von Bischof-Caritassekretär Dr. Straubinger, Stuttgart (Freiburg i. Br., Caritasverlag, Preis 75 Pfg.). Es geht niemand in die Fremde, bevor er nicht das kleine Büchlein gründlich durcharbeitet und die darin gegebenen Winke in sich angenommen hat.

Ueber die aktuellen Fragen der Auswanderung und des Auslandsdeutschums wird fortlaufend des „Raphael-Blatt“ berichtet, das jetzt monatlich zum Bezugspreis von 5 Mk. jährlich erscheint. Bestellungen nimmt entgegen der Caritasverlag in Freiburg i. Br.

Katholischen Auswandererlustigen erstellen die oben genannten Geschäftsstellen des Raphaelvereins und die Vertrauensleute in den beiden Hafenstädten Hamburg (König Friedrich, Große Reichenstr. 52) und Bremen (Farrer Franz Prager, Falkenstr. 49) unentgeltlich Beratung und Anskunft.

Schwarze Johannisbeeren.

Es ist eine dankbare Aufgabe, aus Johannisbeeren Wein zu bereiten. Weiße Beeren geben einen weißen, rote einen roten Wein. Durch Hinzunehmen von schwarzen Beeren können weiße Weine dunkel und rote dunkler gefärbt werden.

Schwarze Beeren ausschließlich und allein zu verwenden, ist nicht geraten, da dieselben einen großen Gehalt von gallertartigen Stoffen in sich bergen und einen Miß liefern, der sehr schleitig ist, schwer gärt und sich nicht gut klärt. Daher sind hier als 3 : 1 zur Erzielung eines schon dunkel gefärbten Weines ganz vorzüglich zu verwenden. Es ist mit dieser Frucht ein ausgezeichneter Stoff in die Hände gegeben, Obstweinorten nicht ohne eine schöne tiefrote Farbe zu verleihen, sondern auch diese Weine zu würzen.

Man nimmt gewöhnlich auf 1 rote 3 schwarze Beeren. Das Verhältnis von 4 : 1 oder 3 : 1 ist nicht zu empfehlen. Der pikante Geschmack und Geruch der schwarzen Beeren würde dann merklich hervortreten, und das muß auf alle Fälle vermieden werden. Es gibt Leute, welche die schwarzen Johannisbeeren nicht gern essen, sie brauchen aber nicht zu glauben, daß ihnen auch der Geschmack des mit ihnen gewürzten Weines unangenehm ist. Wer sich für Obstweine interessiert, dem empfehle ich S. Timm, Der Johannisbeerenwein und die übrigen Obst- und Beerenweine, Verlag Eugen Ulmer-Stuttgart. Preis beute mit Porto 3,30 Mk.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Wechta, Druck und Verlag: Wechta, Drucker und Verlag, G. m. b. H. (H. Sommerfeld, Verleger), Wechta.

Goldensiedt.

Kaninchen- und Geflügel-Abnahme am Montag, dem 28. Juli von 10-12 Uhr bei Wirt Wwe. Hinzenz, von 1-3 Uhr bei Wirt Straburg. Zahlle die höchsten Tagespreise. Wechta. Carl Grote.

Den Herren Pfarrern empfehlen wir Kirchenbuchformulare:

Verzeichnis der Geborenen und Getauften, „ „ Verlobten, Prollamierten, „ „ Repulierten, „ „ Verstorbenen. — Preis pro Exemplar 25 Pfg. —

Vecktaer Druckerei u. Verlag G. m. b. H.

Habe ein drei Wochen altes, fahrbereines, schwarzbraunes

Bullentalk

zu verkaufen. Beste Abstammung. Anton Küfling, Erste bei Birkfeld.

Habe 6 junge Kaninchen

und eine alte Kiezenhäsin zu verkaufen. Nudorfstr. bei Jol. Schumacher, Dintlage.

Eine frischmilchende Kuh

steht zum Verkauf bei Herrn Meyer, Bornrehterh. Redterfeld.

Habe zwei vollständige Betten zu verkaufen. Von wem, sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Ein schwarzer Schrockanzug zu verkaufen. Nudorfstr. bei Jol. Schumacher, Dintlage.

Ein einpferdig. Elektromotor (220 Volt) fast neu, zu verkaufen.

Jeller Harting, Bornrehterh. Redterfeld.

Ein Sattel, fast neu hat preiswert abzugeben.

Dintlage G. Schewe.

Kopfsalat

hat abzugeben. Sommerfeld, Wechta. 3/2 m. dieses

Eichen-Holz

zu verkaufen. Fr. Sutmemann, Lutten.

Zur prompten Lieferung biete prima hergebrannte la. rote Ziegelsteine u. la. Pfasterklinker an

H. Henkel, Dampfsteigell. Wuer 5. Meile. Fernrufnummer Meile 49.

Brennholz

jeder Holzart kaufe zu hohen Preisen, übernehme auch ganze Holzbestände. Zahlle hohe Preise. Heine. Lepe, Dintlage, Telefon 48.

Prima gemahlene Muscheln

finden stets am Lager.

D. Schröder, Wechta u. Schneiderring

Zu verkaufen ein leichter eleganter

Landauer.

Joh. Deiwisch, Bohne. Abgelassene, schledige Holz-Fussböden

werden wieder schön mit Theoris-Farbe. In Wasser gelöst, freischießend, haltet 3-50 Mk. franco Nachnahme reicht für 3 Zimmer. viele Annehmungen.

Mein-Veserant: Mag Krüger, chemisch-techn. Produkte, Dresden-W. Ziegelstr. 59.

Gut

bis zu 300 Morgen von zahlungsfähigen Landwirten zu kaufen gesucht.

Offerten unter B. 5595 an die Annoncen-Expediton G. Bende, Münster i. W.

Zu kaufen gesucht ein maßliches

Wohnhaus

mit großem Garten in Dammte oder Haber. Umgebung. Angebots unter A. P. an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gegen folgende Hypothek in 4/9 Zinsen werden

3800 Mk. anzuleihen gesucht.

Näheres durch Mandatar J. Thole, Wechta.

Verloren

in Bohne oder Wechta ein Ohrring

mit blauem Stein und Brillant-Einfassung. Wiederbringer erhält hohe Belohnung in der Geschäftsstelle d. Bl.

100 Mark Belohnung

Da das Wildern überhand nimmt, zahle ich obige Belohnung demjenigen, der mir mittelst, wer auf mein Grund und Boden die Jagd widerrechtlich und ohne meine Erlaubnis ausübt.

Franz Meyer, Solte bei Dammte i. D.

Der Mann,

der am 24. Juli morgens auf meiner Weide die Jagd ausübte ist erkannt. Ich erhalte Rückge, wenn derselbe sich nicht bis zum 31. Juli bei mir meldet.

Franz Meyer, Solte bei Dammte i. D.